

Protokoll der 9. Sitzung

vom 25. Juni 2012, 8.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Hans Schwaninger

Protokoll Erna Frattini und Janine Rutz

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)

Samuel Erb, Christian Heydecker, Florian Hotz, Thomas Hurter, Peter Kämpfer, Nihat Tektas.

Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)

Andreas Frei, Jürg Tanner, Felix Tenger.

<i>Traktanden:</i>	<i>Seite</i>
1. Vorlage des Regierungsrates vom 13. April 2012 betreffend Geschäftsbericht 2011 und Staatsrechnung 2011	340
2. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 17. April 2012 betreffend Geschäftsbericht 2011 der Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausen	365
3. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Schaffhauser Kantonalbank	372
4. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung 2011 der Schaffhauser Sonderschulen	376
5. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 5. Juni 2012 betreffend Geschäftsbericht 2011 der Regionalen Verkehrsbetriebe Schaffhausen AG	383

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 11. Juni 2012:

1. Vorlage der Spezialkommission 2011/9 «Ausstieg aus der Kernenergie» vom 16. Mai 2012.
2. Vorlage der Geschäftsprüfungskommission vom 21. Mai 2012 betreffend Geschäftsbericht 2011 und Staatsrechnung 2011.
3. Kleine Anfrage Nr. 2012/19 von Erwin Sutter vom 14. Juni 2012 betreffend Einkaufspolitik von Food-Serviceprodukten im Kantons-
spital.
4. Kleine Anfrage Nr. 2012/20 von Christian Ritzmann vom 16. Juni 2012 betreffend Umsetzung der Prinzipien der neuen Spitalfinanzierung.

Die an der letzten Sitzung vom 11. Juni 2012 eingesetzte Spezialkommission 2012/6 «Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgießerei» setzt sich wie folgt zusammen: Matthias Frick (Erstgewählter), Andreas Bachmann, Franz Baumann, Bernhard Egli, Samuel Erb, Daniel Fischer, Thomas Hauser, Beat Hedinger, Erwin Sutter.

Die an der letzten Sitzung vom 11. Juni 2012 eingesetzte Spezialkommission 2012/7 «Entlastung des Staatshaushaltes (ESH3)» setzt sich wie folgt zusammen: Markus Müller (Erstgewählter), Werner Bächtold, Werner Bolli, Franziska Brenn, Christan Heydecker, Thomas Hurter, Sabine Spross, Martin Kessler, Stephan Rawyler, Christian Ritzmann, Rainer Schmidig.

Die an der letzten Sitzung vom 11. Juni 2012 eingesetzte Spezialkommission 2012/8 «Revision des Justizgesetzes (JG)» setzt sich wie folgt zusammen: Nihat Tektas (Erstgewählter), Matthias Freivogel, Andreas Gnädinger, Willi Josel, Heinz Rether, Jeanette Storrer, Jürg Tanner.

*

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Die Geschäftsprüfungskommission meldet den Geschäftsbericht und die Staatsrechnung 2011 als verhandlungsbereit. Das Geschäft ist für die heutige Sitzung traktandiert.

Die Spezialkommission 2011/7 «Geoinformationsgesetz» meldet das Geschäft für die 2. Lesung als verhandlungsbereit.

Das Preiskuratorium «Schaffhauser Preis für Entwicklungszusammenarbeit» hat die Preisträgerin für das Jahr 2012 erkoren. Die Übergabe des Preises findet am 20. August 2012 im Anschluss an die Ratssitzung statt.

Es ist in letzter Zeit immer wieder vorgekommen, dass Vorstösse mit zwei oder sogar drei Erstunterzeichnenden eingereicht wurden, was § 67 Abs. 3 der Geschäftsordnung widerspricht. Diesem Zustand muss Einhalt geboten werden. Das Büro hat deshalb an seiner Sitzung vom 4. Juni 2012 beschlossen, dass parlamentarische Vorstösse mit zwei oder mehreren Erstunterzeichnenden ab sofort nicht mehr gebilligt werden. Für Ihr Verständnis danke ich Ihnen.

Heute betreut uns unsere Weibelin Brigitte Kern zum letzten Mal. Als Telefonistin der kantonalen und städtischen Verwaltung wechselt sie in das Sekretariat der Staatskanzlei. Ich danke Frau Kern für ihre ruhige und zuverlässige Arbeit vor und hinter den Kulissen und wünsche ihr in ihrem neuen Aufgabenbereich viel Freude und Erfolg.

Der Rat applaudiert. Ratspräsident Hans Schwaninger überreicht Brigitte Kern einen Blumenstrauss.

*

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 8. Sitzung vom 11. Juni 2012 wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

*

Zur Traktandenliste:

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Die Fraktionspräsidenten sind bereits darüber informiert worden, dass Regula Widmer beantragen möchte, den Geschäftsbericht 2011 der Gebäudeversicherung, den sie als GPK-Mitglied zu vertreten hat, auf Traktandum 2 zu setzen, damit der Bericht sicher noch heute behandelt werden kann. Weil betreffend die Planung von Atommüll-Endlagerstätten kurzfristig eine Sitzung auf den 2. Juli 2012 einberufen worden ist, an welcher Regula Widmer teilnehmen muss, kann sie an der nächsten Kantonsratssitzung nicht anwesend sein.

Aus meiner Sicht steht einer Vorverschiebung von Traktandum 4 auf Traktandum 2 nichts entgegen. Oder ist jemand anderer Meinung? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie damit einverstanden sind.

Weitere Wortmeldungen zur Traktandenliste erfolgen nicht.

*

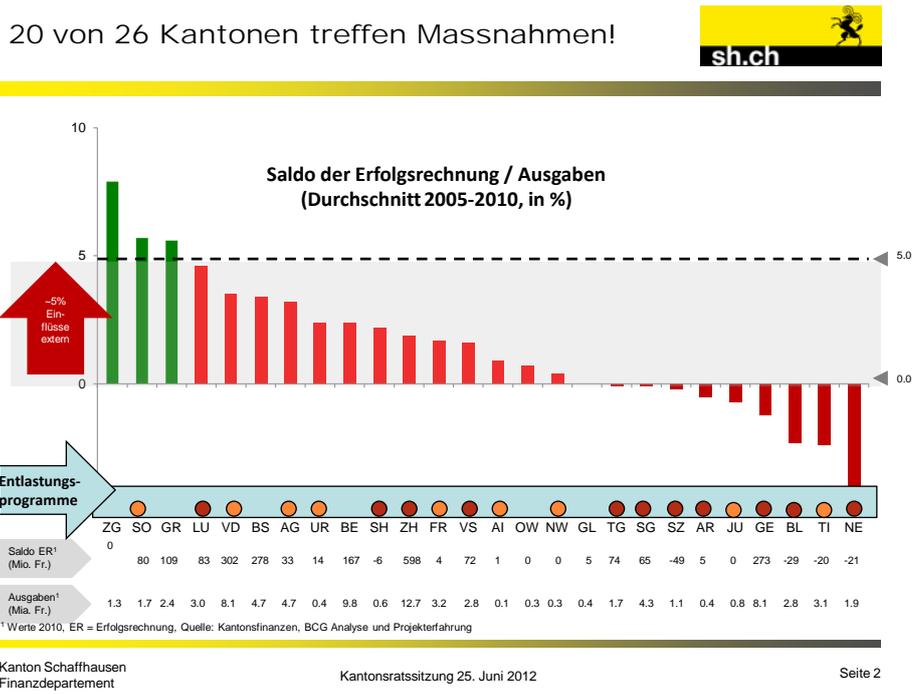
1. Vorlage des Regierungsrates vom 13. April 2012 betreffend Geschäftsbericht 2011 und Staatsrechnung 2011

Grundlagen: Geschäftsbericht und Staatsrechnung 2011
 Vorlage der GPK: Amtsdruckschrift 12-66

Eintretensdebatte

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Bevor wir mit der Detailberatung des Geschäftsberichts 2011 mit Verwaltungsbericht, Berichterstattung der WoV-Betriebe und der Staatsrechnung beginnen, nutze ich gerne die Gelegenheit, um einige Ausführungen zum Eintreten zu machen.

Das Jahr 2011 ist seit bald 6 Monaten Vergangenheit; unser Programm zur Entlastung des Staatshaushaltes wurde vor mehr als einem Jahr eingeleitet und das Paket liegt seit vier Wochen auf Ihren Tischen.

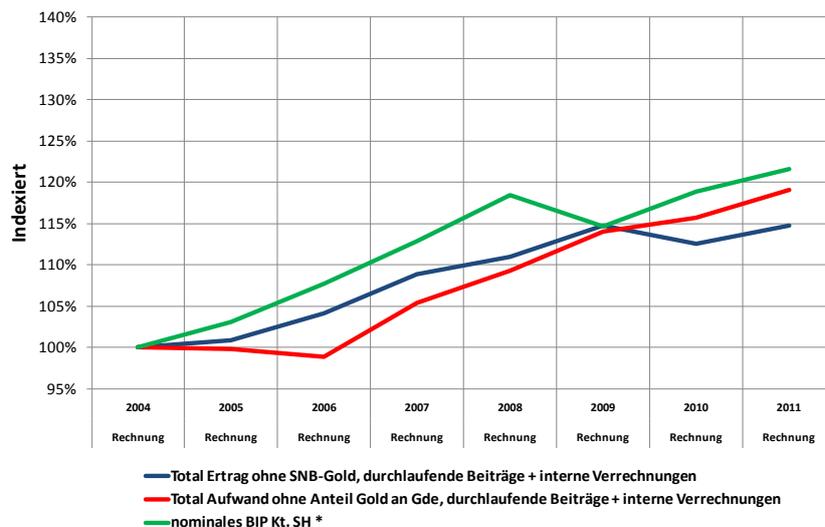


20 von 26 Kantonen sind daran, Massnahmen zu treffen! Sie kennen diese Darstellung aus der Budgetberatung 2012. In elf Kantonen – darunter Schaffhausen – sind Entlastungspakete geschnürt. In 9 Kantonen befinden sich die Entlastungspakete in Arbeit.

Deutlich tiefere Anteile an der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, neue Vorhaben, wie das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, die Beseitigung von Altlasten, wie zum Beispiel Sanierungen der Pensionskassen sowie die neue Spital- und Pflegefinanzierung, machen ihren Einfluss auf die kantonalen Staatshaushalte geltend und es gilt,

überall Gegensteuer zu geben, auch in jenen Kantonen, die in der Vorlage der GPK zur Staatsrechnung als «Musterschüler» und Vorbilder aufgeführt sind. Unseren Kanton hat es aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse schon etwas früher erwischt. Die Spuren sind im Geschäftsjahr 2011 deutlich erkennbar, aber wir haben entsprechend und im Hinblick auf die nächsten Jahre sofort gehandelt.

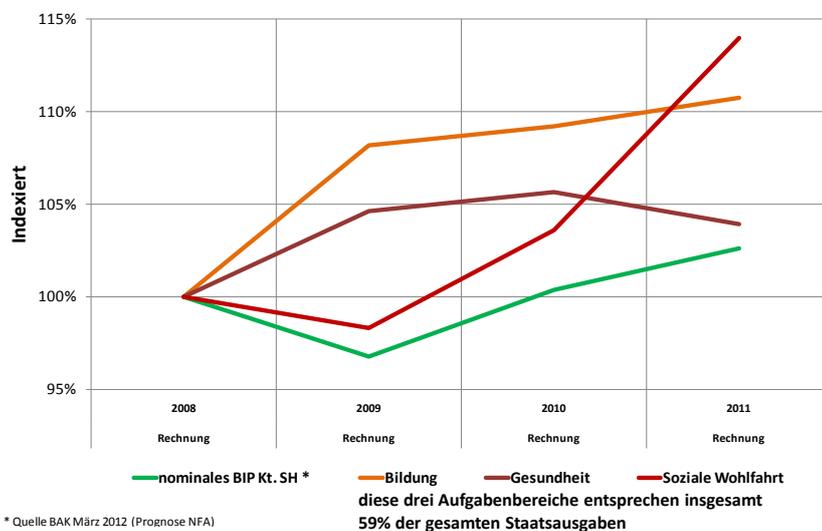
Entwicklung des Staatshaushaltes
seit 2004



* Quelle BAK März 2012 (Prognose NFA)

Wir wissen es alle: Die «Goldenen Jahre» waren zwischen 2003 und 2009. Nebst Sondereffekten – Gold, Teilprivatisierung EKS – hatten wir eine ausgezeichnete Wirtschaftslage. Das kantonale nominale Bruttoinlandprodukt ist zwischen 2004 und 2009 um über 18 Prozent angestiegen, die Zahl der Erwerbstätigen in unserem Kanton im gleichen Zeitraum um 15 Prozent. Die bereinigten Kantonseinnahmen – also ohne SNB-Gold, durchlaufende Erträge und interne Verrechnungen – stiegen trotz Steuerentlastungen ebenfalls um 15 Prozent. Hingegen lag das Wachstum der Staatsausgaben bis 2009 deutlich darunter. Es war nicht nur kleiner als dasjenige der Einnahmen, sondern stieg auch 2010 und 2011 weniger als das Wirtschaftswachstum an.

Entwicklung des Nettoaufwandes der grössten Ausgabenbereiche seit 2008



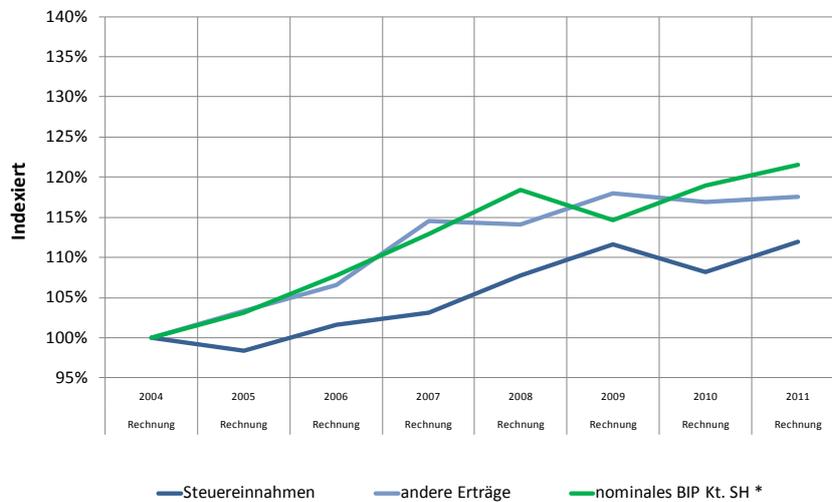
* Quelle BAK März 2012 (Prognose NFA)

Wenn wir uns jedoch das Wachstum des Nettoaufwandes der grössten Ausgabenblöcke unseres Staatshaushaltes – Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt, die insgesamt 59 Prozent unseres Staatshaushalts ausmachen – der letzten drei Jahre genauer anschauen, dann sehen wir, dass diese erheblich stärker als das Wirtschaftswachstum gestiegen sind. Das nominale Bruttoinlandprodukt stieg – nach dem Einbruch 2009 – um 3 Prozent gegenüber 2008, der Bereich Gesundheit ging 2011 etwas zurück und liegt bei einem Wachstum von 4 Prozent. Bei der Bildung beträgt das Wachstum 11 Prozent; es liegt ebenfalls deutlich über dem Wirtschaftswachstum. Bei der sozialen Wohlfahrt betrug die Steigerung in den letzten vier Jahren gar 14 Prozent.

Wenn nun das W

achstum der gesamten Ausgaben kleiner als dasjenige des BIP ist, dann zeigt das auch deutlich, dass wir unsere Kantonsausgaben insgesamt doch klar im Griff haben. Denn es lassen sich bekanntlich nicht alle Ausgaben zu 100 Prozent vom Kanton steuern.

Entwicklung der Gesamterträge
seit 2004

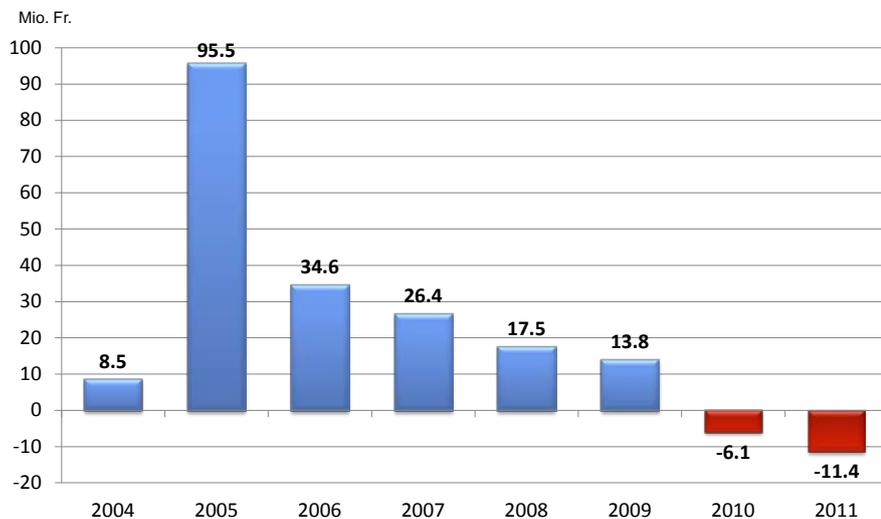


Quelle BAK März 2012 (Prognose NFA)

Lassen Sie mich nochmals auf die Einnahmenseite zurückkommen: Der Knick beim kantonalen Bruttoinlandprodukt 2009 zeigt eindrücklich die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich mit einem Jahr Verspätung auf die Steuereinnahmen ausgewirkt hat. Diese sind im Jahr 2011 wieder angestiegen und folgen damit dem Wirtschaftswachstum.

Die aktuellen und die zu erwartenden Defizite im Staatshaushalt sind nicht die Folge der Steuerpolitik der vergangenen Jahre. Der Grund für die fehlenden Mittel im Staatshaushalt ist die nicht vorhersehbare Kumulation von Ausfällen bei den anderen Erträgen in der Höhe von 40 Mio. Franken! Und diese Ereignisse haben auch die Staatsrechnung 2011 beeinflusst!

Saldo der Laufenden Rechnung 2004 bis 2011

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement

Kantonsratssitzung 25. Juni 2012

Seite 6

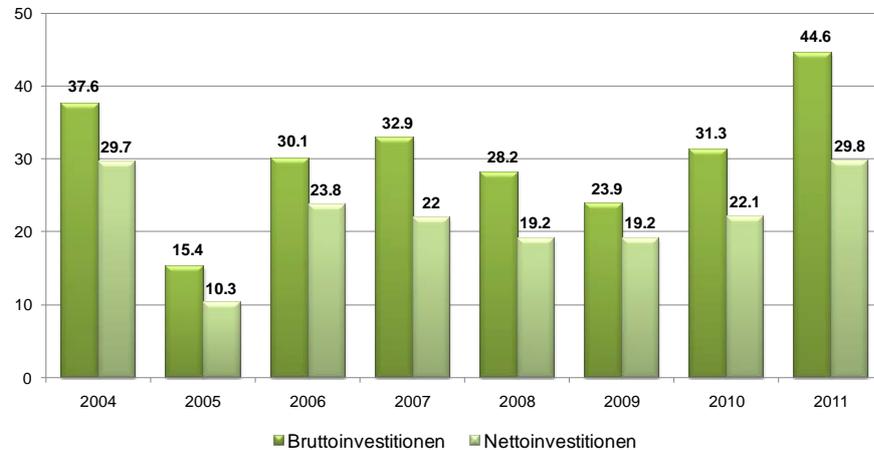
Die im Frühjahr 2011 prognostizierten Mindereinnahmen sind eingetroffen: 4,5 Mio. Franken oder 59 Prozent weniger Axpo-Dividenden, deutlich tiefere Bundessteuern respektive 6,4 Mio. Franken weniger für die Staatskasse als vorgesehen.

Nebst der über alles gesehen hohen Budgetgenauigkeit und der strikten Ausgabendisziplin ist es uns gelungen, die Mindererträge auch durch teilweise einmalige Mehreinnahmen in anderen Bereichen zu kompensieren. Der Fehlbetrag ist mit 11,4 Mio. Franken um 2 Mio. Franken höher als budgetiert.

Investitionsrechnung 2004 bis 2011



in Mio. Franken

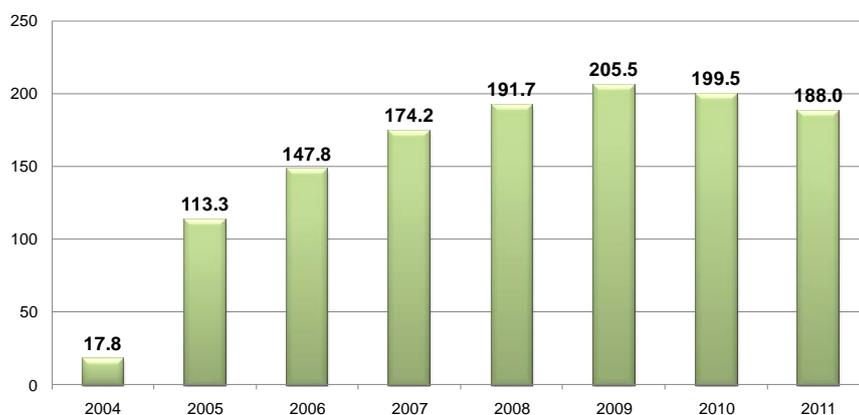


Sie sehen auf diesem Diagramm, dass die Nettoinvestitionen erstmals seit 2004 wieder die Grössenordnung von nahezu 30 Mio. Franken erreicht haben. Der Kapitaldienst – also Zinsen und Amortisationen – ist auf einem fast historischen Tiefstand. Mussten wir 2003 rund 11 Mio. Franken für die Verzinsung aufwenden, so sind es in der Rechnung 2011 noch 2,8 Mio. Franken.

Eigenkapital



in Mio. Franken



Das Eigenkapital – es wurde in den letzten Jahren geüffnet und wir zehren nun von ihm – beträgt per 31. Dezember 2011 188 Mio. Franken. Und damit zum Nettoaufwand nach Aufgabengebieten: Die Abweichungen gegenüber dem Budget sind klein.

Laufende Rechnung – Nettoaufwand 2011
nach Funktionen



in Mio. Franken

	R 2010	B 2011	R 2011
Allg. Verwaltung	-12.8	-13.9	-14.6
Öffentliche Sicherheit	24.1	28.8	28.8
Bildung	130.1	133.8	131.9
Kultur und Freizeit	7.3	8.2	7.9
Gesundheit	88.3	90.5	86.8
Soziale Wohlfahrt	69.4	73.2	76.3
Verkehr	27.2	28.9	28.0
Umwelt/Raumord.	0.1	-0.5	-0.8
Volkswirtschaft	10.4	11.3	10.5
Finanzen/Steuern	-338.0	-350.9	-343.4
Aufwandüberschuss	6.1	9.4	11.4

Bei der öffentlichen Sicherheit liegen wir exakt auf Budget; die Differenz gegenüber dem Vorjahr ist auf einen einmaligen Gebühreneingang zurückzuführen. Bei der Bildung liegen wir unter Budget, was auf eine geänderte Verbuchungspraxis der Bundesbeiträge für die Berufsbildung zurückzuführen ist; 2,5 Mio. Franken haben einen einmaligen Effekt. Es handelt sich um Pauschalbeiträge für Investitionen für Berufsschulbauten, die vollständig in die Rechnung 2011 eingeflossen sind.

Aufgrund des guten Ergebnisses der Spitäler Schaffhausen und der tieferen Beiträge für die Behandlung in ausserkantonalen Spitälern liegen wir bei der Gesundheit deutlich unter Budget und unter dem Vorjahr. Dies war auch aus der Kurve des Wachstums abzulesen.

Aber bei der sozialen Wohlfahrt mussten wir 3,1 Mio. Franken mehr als für 2011 vorgesehen aufwenden. Gegenüber dem Vorjahr liegen wir gar um 6,9 Mio. Franken oder 10 Prozent darüber. Nebst den höheren Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV wirkten sich die gestiegenen Beiträge zur Verbilligung der Krankenkassenprämien und der Pflegefinanzierung aus.

Der tiefere Nettoertrag bei den Finanzen und den Steuern ist auf die tiefere Axpo-Dividende und auf den tieferen Anteil an der Direkten Bundessteuer zurückzuführen. Insgesamt liegen die Steuereinnahmen um 9,7

Mio. Franken oder 3,6 Prozent über denjenigen des Vorjahrs. Bei den natürlichen Personen sind es 8 Mio. Franken oder 3,75 Prozent. Der Anstieg ist vor allem auch auf die Zunahme bei den Quellensteuern um 3,4 Mio. Franken oder 15 Prozent zurückzuführen. Die kantonalen Steuereinnahmen der juristischen Personen liegen 1 Mio. Franken über dem budgetierten Wert, hingegen um 1,2 Mio. Franken oder 3 Prozent leicht unter demjenigen des Vorjahres.

Trotz des höheren Ausgabenüberschusses ist die Laufende Rechnung 2011 besser ausgefallen, als dies vor einem Jahr befürchtet werden musste. Die Regierung hat mit ESH3 die Grundlage geschaffen, um die kantonalen Aufgaben – unter Einbezug der erforderlichen Investitionen – auch in Zukunft erfüllen zu können. Aufgrund der positiven Entwicklung unseres Kantons in den letzten Jahren gehen wir davon aus, dass mit diesem nun dem Kantonsrat vorgelegten Entlastungsprogramm die aus heutiger Sicht notwendigen Massnahmen getroffen sind, um das verfassungsmässige Ziel des ausgeglichenen Staatshaushaltes wieder zu erreichen. Selbstverständlich wirken sich zahlreiche Einflüsse – so insbesondere auch die Wirtschaftslage – auf den Staatshaushalt aus. Und diese Einflüsse kennen wir heute nicht. Bekanntlich hält sich die Zukunft nicht immer an die Prognosen.

Gefordert wird nun der Kantonsrat – werden Sie alle sein, wenn Sie über die erforderlichen Rechtsänderungen beraten und diese beschliessen müssen. Sie stehen aufgrund Ihrer Budgethoheit ebenso in der Pflicht wie der Regierungsrat. Und damit gebe ich das Wort zurück, denn Sie haben nicht nur die Budgethoheit, sondern auch die Rechnungshoheit.

Stephan Rawyler (FDP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Der Kantonsrat verfügt sowohl über die Budget- wie auch über die Rechnungshoheit. Bei der Rechnungshoheit ist es immer etwas schwierig, da die Ausgaben bereits getätigt wurden. Beim Budget können wir relativ lange entscheiden, ob wir eine Ausgabe genehmigen wollen. Deshalb ist hier von einer anderen Qualität zu sprechen.

Die GPK beantragt und empfiehlt Ihnen, auf den Geschäftsbericht und die Staatsrechnung 2011 einzutreten und diesen zuzustimmen.

Die Finanzdirektorin hat Ihnen ausführlich und detailliert erklärt, wie die Rechnung zustande gekommen ist. Ich möchte hierzu auf ihre Ausführungen und auch auf diejenigen der GPK verweisen. Die GPK hat die verschiedenen Teile der Rechnung intensiv geprüft. Sie hat aber – man muss fast sagen, leider – eigentlich nichts gefunden, das die Rechnung verbessert hätte, aber zum Glück auch nichts, das sie verschlechtert hätte.

Es ist unschön, dass wir feststellen müssen, dass sich das Defizit gegenüber 2010 beinahe verdoppelt hat. Berücksichtigt man, dass die GPK,

ohne Kenntnis der Details der Rechnung 2011 zu haben, einen Vorstoss zur Struktur des Kantons eingereicht hat, so muss man sagen, dass sie damit richtig gehandelt hat. Und der Kantonsrat hat doppelt richtig gehandelt, indem er diesen Vorstoss überwiesen hat. Wollen wir die Finanzen mittelfristig wieder in den Griff bekommen respektive einen Ausgleich erreichen, dann dürfen wir uns nicht mit Details beschäftigen, sondern müssen die grundsätzlichen Strukturen überdenken und an die Einnahmen und Ausgaben herangehen. Das bedeutet auch, unangenehme Entscheide zu treffen. Anders dürfte es nicht gehen. Die Wirtschaftslage bleibt sehr volatil, wie die Banker jeweils sagen, wenn sie nicht wissen, in welche Richtung es geht. Wir befinden uns nach wie vor in sehr starken Turbulenzen.

Die Kostensteigerungen, die die Finanzdirektorin gezeigt hat, namentlich im Bereich Gesundheit, haben auch mit der NFA zu tun. Sie können sich sicher bestens daran erinnern, dass die gesamte AHV und IV den Kantonen überbunden wurden. All das darf uns aber nicht davon abhalten, vor allem das Budget 2013 sorgfältig anzuschauen. Meines Erachtens sind der Kantonsrat und der Regierungsrat aber bereits im laufenden Jahr aufgerufen, sorgfältig zu prüfen, ob tatsächlich alle für 2012 budgetierten Ausgaben im geplanten Umfang getätigt werden müssen.

Die Investitionen haben 2011 beinahe das budgetierte Niveau erreicht. Das ist sicher bemerkenswert. Üblicherweise war bei den Investitionen jeweils eine kleine stille Reserve enthalten. Diese wurde letztes Jahr vollständig ausgeschöpft. Meiner Meinung nach ist es richtig, dass die Investitionen getätigt wurden. Wenn unser Kanton wachsen will, sei es bei den Arbeitsplätzen, sei es bei der Bewohnerschaft, müssen dafür auch die entsprechenden Investitionen getätigt werden.

Die von der GPK gestellten Fragen konnten allesamt beantwortet werden, weshalb die GPK Ihnen einstimmig und mit Überzeugung empfehlen kann, die Staatsrechnung 2011 zu genehmigen.

Gestatten Sie mir, dass ich gleich noch die Stellungnahme der FDP-JF-CVP-Fraktion bekannt gebe: Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass der Kanton Schaffhausen leider nicht zur Mehrheit der Kantone gehört, die 2011 ohne Defizit abgeschlossen haben. Selbstverständlich ist dabei zu beachten, über welche Besonderheiten die jeweiligen Kantone verfügen und welche Aufgaben sie zu erledigen haben. In der Gesamtheit überrascht es jedoch etwas, dass Schaffhausen diesbezüglich zur Minderheit der Kantone zählt, die für 2011 ein Defizit aufweisen. Das muss uns zu denken geben. Die Gründe dafür hat die Finanzdirektorin bereits angeführt.

Die FDP-JF-CVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass die Steuerpolitik der letzten Jahre richtig und wichtig war. Hätte man über mehrere Jahre hinweg die Steuern für die juristischen und die natürlichen Personen nicht

gesenkt, hätten wir das in den letzten Jahren zu verzeichnende Bevölkerungswachstum nicht erreicht. Gleichzeitig wäre es uns auch ohne Steuerensenkungen nicht möglich gewesen, Arbeitsplätze bei den juristischen Personen im Kanton zu erhalten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir in punkto Steuern nicht nur in Konkurrenz zu anderen Kantonen stehen, sondern auch zu Ländern wie England, Belgien, Slowenien, Slowakei, aber auch zu Singapur. Wir haben hier viele Firmen, die aufgrund ihres Firmenzwecks und ihrer Tätigkeit sehr wohl auch an einem anderen Ort als in Schaffhausen tätig sein könnten. Es wird nicht einfach sein, diese Firmen bei uns zu behalten und dementsprechend auch die damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern.

Wir sind aber auch der Ansicht, dass die Investitionen der vergangenen Jahre und die noch anstehenden Investitionen, namentlich im Bereich des öffentlichen Verkehrs, dazu beitragen werden, unseren Wohlstand zu erhalten. Die FDP-JF-CVP-Fraktion kann daher mit diesem Durchhänger in der Rechnung 2011 leben. Selbstverständlich erwartet sie aber den mittelfristigen Ausgleich der Staatsrechnung.

Regula Widmer (ÖBS): Ich gebe Ihnen die Stellungnahme der ÖBS-EVP-Fraktion bekannt. Wie jedes Jahr besprechen wir ein Geschäft, bei dem wir nichts mehr ändern können. Wir machen also unsere alljährliche Vergangenheitsbewältigung! Wir werden heute aus diesem Grund auch keine Aussagen zum Entlastungspaket ESH3 machen.

Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, sich mit dem Geschäftsbericht des letzten Jahres zu befassen und zu sehen, wie das Ergebnis zustande gekommen ist. Wo werden welche finanziellen Mittel eingesetzt und wo ist überhaupt Spielraum vorhanden? Dies verleiht uns einerseits Steuerungswissen, andererseits handelt es sich aber auch um den Rechenschaftsbericht der Regierung. Ebenso geht es hier um eine Würdigung der Arbeit der gesamten Verwaltung.

In einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld hat der Kanton Schaffhausen ein Ergebnis erwirtschaftet, welches weniger schlimm, als befürchtet werden musste, ausgefallen ist. Die Staatsrechnung schliesst mit einem Fehlbetrag von 11,4 Mio. Franken ab; damit ist dieser um 2 Mio. Franken höher als budgetiert. Dass die angekündigten Einnahmefälle nicht in dem erwarteten hohen Masse eingetroffen sind, hat einen weit schlimmeren Aufwandüberschuss verhindert. Somit kann trotz allem von einem relativ befriedigenden Ergebnis gesprochen werden.

Dass das Ergebnis besser ausgefallen ist, hat verschiedene Gründe; sie wurden von Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel bereits erwähnt. Einerseits waren die Einnahmefälle geringer, andererseits hat aber auch die hohe Budgettreue zu diesem Ergebnis beigetragen. Spielraum

besteht kaum noch. Der Wille, sich an die Vorgaben zu halten, ist vorhanden und wurde offenbar konsequent umgesetzt.

43,9 Prozent der Staatstätigkeit in unserem Kanton werden durch die Steuereinnahmen gedeckt. Dass sich die Erträge der Steuereinnahmen leicht erhöht haben, ist schön. Diese Erhöhung ist leider nicht der letzten Steuersenkung zuzuschreiben. Die Steuerleistung der juristischen Personen im Kanton liegt zwar 1 Mio. Franken über Budget, aber 1,2 Mio. Franken unter der Vorjahresleistung. Dies entspricht einem realen Rückgang um mehr als 3 Prozent. Die höheren Erträge bei den Steuereinnahmen sind der Grundstücksgewinnsteuer zuzuschreiben. Dort ist eine eindeutige Steigerung um 23,5 Prozent sichtbar. Aber auch dort muss in Zukunft konservativ budgetiert werden. Die Steuererträge der natürlichen Personen entwickeln sich erfreulich, insbesondere durch die Zunahme bei den Quellensteuern.

Das Eigenkapital des Kantons Schaffhausen beträgt per Ende 2011 noch 188 Mio. Franken. Innerhalb eines Jahres hat also eine Reduktion um 11 Mio. Franken stattgefunden, ohne dass die grossen finanzintensiven Projekte bereits in einer entscheidenden Phase wären. Der Kanton muss sparen, das schleckt keine Geiss weg, sonst schmilzt das Vermögen schneller als Eis an der Sonne.

Wir haben schon im letzten Jahr darauf hingewiesen: Die finanzielle Situation des Kantons wird in den nächsten Jahren nicht durch Morgenröte gekennzeichnet sein; düstere Prognosen stehen im Moment im Vordergrund. Dank dem finanziellen Polster ist es aber dem Kanton möglich, einige wenige der geplanten Investitionen trotzdem und aus eigener Kraft zu tätigen. Dabei ist es in der Verantwortung des Regierungsrates, das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen.

Die ÖBS-EVP-Fraktion dankt allen Steuerpflichtigen, sowohl den juristischen als auch den natürlichen Personen, welche ihren Obolus entrichtet haben, und insbesondere dem gesamten Personal, welches mit hoher Budgetdisziplin das nun vorliegende Ergebnis erwirtschaftet hat. Unser Dank geht aber ebenso an die Finanzkontrolle, die ihre Arbeit souverän und zeitgenau erledigt hat.

Die ÖBS-EVP-Fraktion wird auf den Geschäftsbericht eintreten und die Anträge unterstützen.

Sabine Spross (SP): Ich gebe Ihnen die Stellungnahme der SP-AL-Fraktion zum Geschäftsbericht und zur Staatsrechnung 2011 bekannt.

Die Fraktion hat die Vorlage an ihrer letzten Fraktionssitzung ausführlich beraten. Dabei berichteten die GPK-Mitglieder über die intensiven Beratungen, die einmal mehr unter grossem Zeitdruck erfolgten, und die vielen Fragen, die gestellt und von der Regierung und der Verwaltung ausführlich beantwortet wurden. Trotz einiger Baustellen, die es für die Re-

gierung und die Verwaltung anzupacken gilt, kann beiden Partnern im Zusammenhang mit der Rechnung 2011 ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Ich verzichte darauf, Ihnen die Zahlen zu wiederholen, das haben der GPK-Präsident in seinem Bericht und die zuständige Regierungsrätin bereits getan. Indessen erlaube ich mir, auf ein paar Punkte hinzuweisen.

Die Fraktion zeigte sich insgesamt befriedigt über das Ergebnis, auch wenn es gegenüber dem Budget etwas schlechter ausgefallen ist. Das Resultat war angesichts des verabschiedeten Budgets zu erwarten und ist für die Fraktionsmitglieder nachvollziehbar ausgefallen. Einmal mehr zeigt sich, dass die auf kantonaler Ebene kaum zu beeinflussenden grössten Ausgabenposten in der Bildung mit 23 Prozent, der sozialen Wohlfahrt mit 22 Prozent und der Gesundheit mit 14 Prozent liegen, die fast zwei Drittel der Ausgaben ausmachen. Erfreut zeigt sich die Fraktion über die höheren Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen; sie blickt hingegen mit Sorge auf den Rückgang der Steuererträge bei den juristischen Personen. Im Zusammenhang mit der Aufstellung im Bericht des GPK-Präsidenten über die Ergebnisse anderer Kantone wurde von Fraktionsmitgliedern speziell erwähnt, dass gerade auch Kantone, die in der Vergangenheit die Steuern massiv gesenkt hätten, nun mit Staatsdefiziten kämpften. Die Fraktion ist froh, wenn sich die Regierung beim nächsten Steuerpaket daran erinnert. Ob das Bevölkerungswachstum, wie es von der FDPJF-CVP-Fraktion angedeutet wurde, auf die Steuer-senkungen zurückzuführen ist, wagen wir leicht zu bezweifeln.

Die neue WoV-Berichterstattung, die viel ausführlicher ausfällt und aussagekräftiger ist als in den Vorjahren, wurde von den Fraktionsmitgliedern positiv gewürdigt. Fragen in der Fraktion gab es dazu keine. Im Zusammenhang mit der Investitionsrechnung wurde ebenfalls wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass im Jahr 2011 mehr investiert worden ist und sich Budget und Rechnung im Gegensatz zu den Vorjahren langsam annähern, das heisst, dass offensichtlich auch mehr Projekte effektiv ausgeführt werden konnten. Auch wenn die finanziellen Aussichten zurzeit alles andere als rosig sind und ESH3 greifbar wird, ist es uns ein grosses Anliegen, dass die Infrastruktur – wie dies leider in der Vergangenheit geschehen ist – nicht vernachlässigt wird. Das rächt sich und kommende Generationen werden dies büssen müssen. Froh ist die Fraktion darüber, dass der Kanton mit einem Eigenkapital von rund 188 Mio. Franken nach wie vor über ein komfortables Polster verfügt. Aber es wird angesichts der Finanzplanung der kommenden Jahre schmelzen, darüber machen wir uns keine Illusionen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass der Geschäftsbericht 2011 und die Staatsrechnung sehr viele interessante Informationen über unseren

Kanton enthalten. Hierbei sind insbesondere die Berichtsteile A und B zu erwähnen. Es ist immer wieder lesenswert, was alles getan wurde.

Trotz ausführlicher Berichterstattung seitens der GPK-Mitglieder in der Fraktion blieben noch ein paar Fragen ungeklärt. Einige Fraktionsmitglieder werden daher noch Fragen stellen und Bemerkungen machen. Schliesslich stellt die Fraktion einmal mehr fest, das hat bereits Regula Widmer angetönt, dass es sich beim Geschäftsbericht und der Staatsrechnung des vergangenen Jahres um Vergangenheitsbewältigung handelt. Für uns werden die Beratungen über ESH3 ein Knackpunkt sein und wir sind gespannt auf das Budget 2013.

Die SP-AL-Fraktion wird auf den Geschäftsbericht samt Staatsrechnung eintreten und diese genehmigen. Wir bedanken uns bei der Regierung und insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die ausführliche Rechenschaft über das Jahr 2011. Besten Dank.

Dino Tamagni (SVP): Freude herrscht nicht mehr, obschon auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite mehr oder weniger alles wie geplant eingetroffen ist. Auf 650 Mio. Franken kommt eine Abweichung von Budget und Rechnung von weniger als einem halben Prozent fast einer Punktlandung gleich. Schade, dass sich die Abweichung negativ ausgewirkt hat. Umgekehrt wäre es besser gewesen.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion tritt auf die Rechnung und den Jahresbericht ein und stimmt diesen zu. Im Detail wird es seitens der Fraktion noch die eine oder andere Frage geben. Grossmehrheitlich liegt jedoch eine gut kommentierte Jahresrechnung wie auch ein aufschlussreicher Geschäftsbericht vor. Da die finanziellen Probleme bekannt sind und das Einläuten von Sparmassnahmen in vollem Gange ist, ist es obsolet, zu dieser Rechnung noch weitere Kommentare abzugeben. Denn die Korrekturen müssen sich im Budget 2013 bemerkbar machen. Das Jahr 2011 ist gelaufen.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz beim Kanton und für die Mithilfe bei der Suche nach Sparmassnahmen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Teil A Verwaltungsbericht

Erziehungsdepartement

Seite A 29

2234 Primarschule

2238 Sekundarstufe I

Werner Bächtold (SP): Ich spreche zur Seite A 29, auf der die Statistiken über die Klassengrössen und die Klassenzahlen aufgeführt sind. Wenn man die durchschnittlichen Klassengrössen ansieht, dann fällt auf, dass diese um rund zwei bis drei Schülerinnen und Schüler kleiner sind als diejenigen im Kanton Zürich. Dabei müsste es eigentlich umgekehrt sein, weil im Kanton Zürich bekanntlich flächendeckend integrativ unterrichtet wird; für den integrativen Unterricht müssen die Klassengrössen kleiner sein als im traditionellen Unterricht. Teilweise lassen sich die kleineren Klassen mit unseren etwas ländlicheren Bedingungen erklären. Aber ganz alles kann man damit nicht begründen.

Ich möchte aber nicht falsch verstanden werde. Ich fordere nicht generell eine Anhebung der Klassengrösse, da kleine Klassen offenbar auch ein Vorteil sind. Dennoch bin ich davon überzeugt, und das habe ich auch schon in der GPK gesagt, dass mit der bestmöglichen Bewirtschaftung der Klassengrössen Geld eingespart werden könnte, das dann im Erziehungswesen gescheiter verwendet werden könnte, zum Beispiel für die unbestrittenermassen notwendigen Entlastungsmassnahmen für unsere Lehrerinnen und Lehrer. Ich möchte gern, und daher sage ich das an dieser Stelle auch öffentlich, dass sich das Erziehungsdepartement entsprechende Gedanken macht und prüft, ob man in diesem Bereich etwas unternehmen könnte.

Besonders unschön finde ich die Unterschiede zwischen den grossen und den kleineren Gemeinden. Erstere verfügen mit Garantie über die schwierigere Schülerpopulation und haben in jeder Kategorie der Volksschule die grösseren Klassen. Die Löhne sind aber gleich, denn es ist nicht so, dass die städtischen oder die Neuhauser Lehrerinnen und Lehrer für diese zusätzliche Aufgabe mehr verdienen würden.

Seite A 31**2249 Sonderschulungen im Kanton Schaffhausen**

Daniel Fischer (SP): Ich freue mich immer, wenn Schulversuche ausgewertet werden und sogar noch erfolgreich sind. Das ist auf Seite A 31 bezüglich der Time-out-Klasse der Fall. Da steht, dass eine Rückintegration für rund 80 Prozent der Time-out-Schüler möglich gewesen sei.

Ich frage die Regierung an, wo allenfalls Zahlen zu diesem Versuch in den Statistiken zu finden wären, denn dazu habe ich nichts gefunden. Sind die Zahlen in der Sonderschule Verein Friedeck integriert? Kann der Regierungsrat uns sagen, wie viele Schüler im letzten Jahr die Time-out-Klasse besucht haben?

Regierungsrat Christian Amsler: Es gibt einen Jahresbericht der Time-out-Klasse, welchen ich Ihnen gerne noch zustellen kann. Die Sonderschule Verein Friedeck verfügt über ein Mandat für die Time-out-Klasse, das in den Leistungsvereinbarungen enthalten ist.

In der Tat ist dieser Schulversuch eine Erfolgsstory. Die Rückführungsquote haben Sie erwähnt. Das Hauptziel des Settings ist es, die Schüler nicht irgendwo auf einem Sondergleis zu betreuen, sondern alles daranzusetzen, dass sie wieder in die Regelschule integriert werden können.

Der Versuch, beziehungsweise die Entstehung dieser Time-out-Klasse, wurde begleitet. Dazu gab es einen Zwischenbericht und auch einen Schlussbericht. Davon haben der Erziehungsrat und auch der Regierungsrat Kenntnis genommen. Aus dem Schlussbericht, den ich Ihnen ebenfalls zur Verfügung stellen könnte, sind alle Detailzahlen ersichtlich.

Baudepartement**Seite A 52****2330 Hochbauamt**

Urs Capaul (ÖBS): Noch eine Bitte zum Baudepartement: Wäre es nächstes Mal möglich, zu den Hochbauten des Kantons eine Energiestatistik aufzuführen, die den Energieverbrauch und die Energiekosten unterteilt nach Energieträgern auflistet?

Regierungsrat Reto Dubach: Wenn dies ein genereller Wunsch des Kantonsrates ist, kommen wir dem das nächste Mal gerne nach.

Finanzdepartement

Seite A 98

Beurteilungen pro Departement

Patrick Strasser (SP): Diejenigen Ratsmitglieder, die in den letzten beiden Jahren bei der Rechnungsabnahme dabei waren, werden sich nicht wundern, dass ich mich auch heute wieder zu dieser Seite melde. Auf Seite 98 oben rechts sehen wir die Statistik über die Beurteilungen pro Departement. In den letzten beiden Jahren haben wir festgestellt, dass die Departemente die Beurteilungen mit dem neuen sechsstufigen System unterschiedlich vorgenommen haben. Heute kann ich den Regierungsrat an dieser Stelle ein bisschen loben, denn es hat eine Angleichung stattgefunden. Es ist ein kleiner Schritt vorwärts in die richtige Richtung. Trotzdem ist noch nicht alles gut.

Die Zahlen auf Seite A 98 zeigen, dass beim Departement des Innern, beim Erziehungsdepartement, beim Baudepartement, beim Volkswirtschaftsdepartement und bei den Gerichten jeweils die Bewertung 3 die meistvergebene ist. Danach folgt die Bewertung 2 und am Schluss die Bewertung 4. Dabei ist die Bewertung 2 rund doppelt bis dreimal so oft vergeben worden wie die Bewertung 4. So weit, so gut.

Beim Finanzdepartement fällt auf, dass die Bewertung 3 die meistvergebene Kategorie ist. Danach folgt die Bewertung 4 und dann die Bewertung 2. Das heisst, die berühmte Gausssche Kurve ist beim Finanzdepartement nicht am gleichen Ort wie bei den anderen vier Departementen beziehungsweise wie bei den Gerichten. Das bedeutet aber auch, da die Lohnentwicklung, die der Rat spricht, jeweils für die gesamte Verwaltung gilt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzdepartementes im Vergleich mit den anderen Departementen zu kurz kommen. Ich finde das nicht gut, zumal dies auch für Unruhe innerhalb der Verwaltung sorgt. Der Regierungsrat ist zwar einen kleinen Schritt in die richtige Richtung gegangen, allerdings noch nicht bis zum Ende. Er hat sich in diesem Zusammenhang noch keine Beurteilung 1 verdient, aber immerhin könnte ich ihm eine 3 geben, was gut heisst. Aber ich würde mich freuen, wenn ich ihm im nächsten Jahr eine 2 geben könnte.

Thomas Wetter (SP): Ich möchte auf Seite A 98 kurz die Zahl von 6,4 Prozent der Mitarbeitenden im Lohnbandmaximum kommentieren.

Beim kantonalen Lohnsystem steckt, wie bei einer Mogelpackung, nicht drin, was drauf steht. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird suggeriert, dass man bei guter Leistung die Chance habe, das Lohnbandmaximum zu erreichen. Die Lohnbandmaxima werden auch für interkantonale Vergleiche beigezogen, um zu demonstrieren, dass die Schaffhauser

Löhne konkurrenzfähig seien. Tatsache ist aber Folgendes: Im Geschäftsbericht 2010 lag die Zahl der Mitarbeitenden in den Lohnbandmaxima bei 7,9 Prozent; im vorliegenden Geschäftsbericht 2011 sind es noch 6,4 Prozent. Dies entspricht einem Rückgang um 20 Prozent. Bei der aktuell mageren Alimentierung des Lohnsystems wird diese Tendenz in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Sie sehen: Mitarbeitende in den Lohnbandmaxima gehören zu einer aussterbenden Spezies. Bei der Behandlung der Volksmotion «Lohnsystem mit Zukunft» haben wir dann die Gelegenheit, auf diese und andere Ungerechtigkeiten des Lohnsystems hinzuweisen.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Lassen Sie mich bitte kurz auf diese zwei Anliegen eingehen. Das erste ist die sogenannte Regenbogenfolie, die Verteilung der Beurteilungen, die Patrick Strasser angesprochen hat. Daraus ist ersichtlich: Der blaue Bereich beinhaltet Leistungen, die ausserordentlich gut, über den Erwartungen stehend und erstaunend für den Vorgesetzten sind. Der grüne Bereich umfasst die Bewertungen 3 und 4. Nach menschlichem Ermessen sollte sich der grösste Teil unserer Mitarbeitenden in diesem Bereich befinden. Dann funktioniert unsere Verwaltung.

Die Gausssche Kurve wurde von Ihnen angesprochen. Es existiert auch noch ein gelber Bereich, da wir insgesamt sechs Bewertungen haben. Das neue Bewertungssystem ist nicht mit dem alten vergleichbar, das die Bewertungen A, B und C kannte. Die monetäre Auswirkung zwischen der Bewertung 3 und 4 ist sehr, sehr klein. Gerne werde ich Ihnen das noch einmal aufzeigen. Es kann nicht sein, dass die Verteilung überall gleich ist. Sie soll aber nach menschlichem Ermessen vernünftig sein, wofür die Gausssche Kurve herangezogen wird.

Im Rahmen der bereits erwähnten Volksmotion werden wir unser Lohnsystem diskutieren. Zuhanden des Kantonsrates möchte ich darauf hinweisen, dass die Personalkommission im Zusammenhang mit einer anderen Frage vor etwa einem Monat eine Anregung eingereicht hat, die zu prüfen sei. Dabei geht es um die Annahme der Personalkommission, dass sich das ganze Mitarbeitergefüge in Bezug auf das Alter nach unten verschieben würde. Man möchte das untersuchen. Diese Anregung haben wir entgegengenommen und wir werden sie samt ihren Auswirkungen untersuchen und der Personalkommission entsprechend Rückmeldung erstatten. Ich bin davon überzeugt, dass die Ergebnisse bis zur Beratung der Volksmotion vorliegen werden.

Patrick Strasser (SP): Hätte ich diese Antwort, die ich zudem nicht als besonders aussagekräftig empfinde, bereits gekannt, hätte ich der Regierung wahrscheinlich keine 3 gegeben.

Betrachten wir die Zahlen zu dem, was die Finanzdirektorin ausgeführt hat, und übernehmen wir sie 1 : 1, dann hat nur das Finanzdepartement seine Mitarbeitenden richtig beurteilt, alle anderen Departemente nicht. Meines Erachtens muss die Frage, wer richtig beurteilt und wer nicht, einmal im Regierungsrat geklärt werden.

Aber es kann nicht sein, dass es lediglich ein einziges Departement gibt, in dem die Gauss'sche Kurve an einem anderen Ort liegt. Das bedeutet nämlich, dass jene Mitarbeitenden im Durchschnitt weniger können oder weniger gut sind als die in den anderen Departementen. Das kann ich mir schlichtweg nicht vorstellen.

Teil B WoV-Dienststellen

Erziehungsdepartement

2255 Schulzahnklinik

Seite B 21

Zahnmedizin für Kinder und Jugendliche

Sabine Spross (SP): Ich stelle hierzu keine Frage, erlaube mir aber eine Bemerkung. Wenn Sie den sehr ausführlichen WoV-Bericht zur Schulzahnklinik aufmerksam gelesen haben, haben Sie festgestellt, dass politische Vorstösse, insbesondere wenn sie unter dem Aspekt der Kostensparnis laufen, oft zu Rohrkrepierern werden, so auch das Postulat von Heinz Rether und Thomas Hurter mit dem Titel «Keine unnötigen Doppeluntersuchungen durch die Schulzahnklinik». Durch eine Verordnungsänderung können Schülerinnen und Schüler, die sich von einem Privat Zahnarzt untersuchen lassen und dies bescheinigen, von der Reihenuntersuchung dispensiert werden. Lediglich 11 Prozent der Kinder machten davon Gebrauch. Indessen musste infolge der Umsetzung des politischen Vorstosses – und hier glaube ich nicht, dass dies in der Macht der Schulzahnklinik stand – der Beginn der Reihenuntersuchungen um zwei Monate verschoben werden. Dies führte zum Ausfall von 40'000 Taxpunkten beziehungsweise zu einer Einnahmeneinbusse von 80'000 Franken. Shakespeare hätte dazu gesagt: «Viel Lärm um nichts.»

Daniel Fischer (SP): Dazu möchte ich nur eine kurze Ergänzung machen. Dieses nun sozusagen verschwendete Geld könnte in räumliche Änderungen investiert werden. In Kürze werde ich wieder eine Stunde mit 27 Personen in einem 12er Wartezimmer verbringen, wenn ich mit meiner Klasse den obligatorischen Besuch in der Schulzahnklinik mache.

Berufsbildung
Seite B 31 und Seite B 32
Bildungsbeiträge

Martina Munz (SP): Einmal mehr spreche ich zu den Stipendien und frage den Erziehungsdirektor, für wie viele Jahre er mich mit dem Stipendiendekret noch vertrösten will. Allerdings können Sie sich heute die Antwort ersparen. Ich habe schon zu viele Erklärungen gehört, um dafür noch Verständnis aufbringen zu können. Ich möchte nun endlich Taten sehen. Es ist doch nicht so schwierig, ein Stipendiendekret neu zu formulieren. Die Betroffenen wissen, wovon ich spreche. Es drückt der Schuh, es ist jetzt endlich Zeit, dieses Dekret zu revidieren. Ähnlich geht es mir übrigens auch mit der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Auch dort üben wir seit Jahren den Stillstand und kommen gegenüber den anderen Kantonen in den Rückstand. Der Kommentar auf Seite C 141 zu den Studiendarlehen spricht Bände. Dort steht, es gäbe deutlich weniger Studiendarlehensnehmer.

Zudem muss ich eine Bemerkung zu den Leistungszielindikatoren auf der Seite B 32 machen. Bei der WoV-Dienststelle Stipendien ist die Aussagekraft von dem, was ich auf diesen Seiten lese, relativ gering. Ausserdem ist ein Leistungszielindikator aufgeführt, der so formuliert ist, dass 30 Prozent der Stipendiengesuche abzulehnen seien. Das kann und darf kein Leistungsindikator sein. Des Weiteren ist dies praktisch der einzige Leistungsindikator der Stipendienstelle. Für die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller ist aber entscheidend, wie schnell ihr Gesuch bearbeitet wird und wie rasch die Zahlung nach dem Entscheid erfolgt. Glaubt man den Aussagen der Betroffenen, so steht hier nicht alles zum Besten. Aussagekräftige Leistungsindikatoren würden da Klarheit schaffen.

Regierungsrat Christian Amsler: Ich weiss, wie engagiert Sie bei diesem Thema sind, und Sie gehören zu den wenigen, die hier Druck machen. Ansonsten erhalte ich aus der Öffentlichkeit eigentlich keine Reaktionen zu diesem Thema. Ich gebe Ihnen durchaus recht, dass dieses Anliegen schon lange besteht und nun die entsprechende Vorlage endlich kommen muss.

Die Vorlage zum Stipendienwesen ist nicht einfach eine technische Fortschreibung dessen, was wir in diesem Bereich bisher getan haben, sondern hat auch eine politische beziehungsweise eine finanzpolitische Komponente. Das Erziehungsdepartement und die Regierung haben diesbezüglich ihre Hausaufgaben, die sie auch in den Jahreszielen aufgeführt hatten, erfüllt. Die Vorlage über den Beitritt zum Stipendienkordat ist erstellt. Die Vorlage für ein neues Stipendiendekret mit der entsprechenden Verordnung ist ebenfalls fertig. Beide Vorlagen wurden in

einer ersten Lesung im Regierungsrat bereits beraten und auch im Grundsatz verabschiedet. Das Finanzdepartement hat, wie das bei regierungsrätlichen Vorlagen üblich ist, einen Mitbericht erstellt und bezüglich der finanziellen Auswirkungen die Zustimmung erteilt. Wie Sie sicher gesehen haben, sind die Ausgaben auch im Finanzplan eingestellt.

Von meiner Seite kann Folgendes festgestellt werden: Das neue Stipendiendekret entspricht den Vorgaben des Stipendienkonkordats auf nationaler Ebene. Es wird zu einer Verbesserung, wie Sie das wünschen, Martina Munz, der Situation der Stipendienbezügerinnen und -bezüger im Kanton Schaffhausen und damit auch im interkantonalen Ranking führen. Erwarten Sie aber nicht, dass wir mit dieser Vorlage plötzlich vom Ende der Tabelle ganz nach vorne kommen. Sie erinnern sich sicher, dass es immer auch darum geht, wie genau dieses Ranking erstellt wird. Im Einzelfall schneiden wir gut ab und sind im Mittelfeld positioniert. In Bezug auf die Stipendienausgaben pro Kantonseinwohner befinden wir uns aber am Ende der Tabelle.

Ziel ist es, eine publikums- und auch anwenderfreundliche Lösung zu schaffen. Wir werden eine elektronische Plattform mit einem sogenannten Stipendienrechner erstellen, der bereits fertig ist, in den potenzielle Stipendienbezüger ihre Angaben eingeben können, ähnlich wie beim Steuerrechner, und dann sehen sie, was sie erwarten können.

Die Regierung hat beschlossen, die beiden Vorlagen erst nach der Überweisung und der Beratung von ESH3 zuhanden des Kantonsrates zu verabschieden. Das macht Sinn und ich bitte um Ihr Verständnis. Martina Munz, Sie können mich jetzt beim Wort nehmen. Der Regierungsrat hat die Überweisung für den Herbst des laufenden Jahres vorgesehen.

Ihre Bemerkung zum Indikator nehme ich entgegen. Wir werden ihn nochmals genau anschauen. Mit der neuen Vorlage wird sich dies aber sowieso ändern. Mir ist klar, dass einem solchen Indikator ein negativer Touch anhaftet. Klar ist aber auch, dass einige Gesuche abgelehnt werden müssen, weil sie in keiner Weise den Vorgaben entsprechen.

Finanzdepartement

Seiten B 120–122

Zusammenstellung der Steuerbeträge der juristischen Personen 2011

Josef Würms (SVP): Aus diesem 1,5 Kilogramm schweren Jahresabschluss und -bericht kann man sehr vieles herauslesen und interpretieren. Ich habe mir die Steuerleistungen der juristischen Personen und die Erträge der Quellensteuer angeschaut und sie zusammengezählt. Auf Platz 1 ist Schaffhausen mit 38 Mio. Franken; Neuhausen auf Platz 2 mit 9,7 Mio. Franken; Thayngen folgt auf Platz 3 mit 8 Mio. Franken; auf

Platz 4 liegt nicht Beringen, sondern Stein am Rhein zusammen mit Ramsen mit 2,2 Mio. Franken und erst dann kommt Beringen auf Platz 5. Gerne mache ich die Regierung darauf aufmerksam, dass auch Stein am Rhein/Ramsen eine beachtliche Steuerleistung der juristischen Personen inklusive Quellensteuer erbringt. Wenn ich den Richtplanentwurf studiere, scheint die Regierung dies aber nicht wahrnehmen zu wollen. Lediglich Gemeinden auf der Achse Beringen–Schaffhausen–Thayngen werden als Entwicklungsschwerpunkte definiert.

Ich hoffe, dass, wenn Sie, liebe Amtsträger, Beschlüsse punkto Richtplan und Wirtschaftsförderung fassen, wir aus Stein am Rhein und Ramsen nicht abseits stehen müssen.

Regierungsrat Reto Dubach: Wenn Josef Würms den Richtplanentwurf sehr genau gelesen hat, wird er festgestellt haben, dass darin zum ersten Mal, neben den Entwicklungsschwerpunkten, der Begriff der sogenannten Sub- beziehungsweise Regionalzentren erwähnt wird. Dabei haben wir an Stein am Rhein und an Neunkirch gedacht. Neben der Entwicklung auf der Achse Thayngen–Herblingen–Schaffhausen–Neuhausen–Beringen sollen im Klettgau und im oberen Kantonsteil auch die Subzentren weiter gefördert werden.

Ich weise darauf hin, dass wir immer die Ansicht vertreten haben, alle Gemeinden sollten Entwicklungsmöglichkeiten haben. Wenn wir im Richtplan Entwicklungsachsen definieren, heisst das nicht, dass die anderen Gemeinden keine Entwicklung haben sollen. Vielmehr ist es selbstverständlich, dass wir den ländlichen Raum auch weiterhin entsprechend fördern werden.

Zurzeit befindet sich der Richtplanentwurf im Auflageverfahren. Danach wird sich das Baudepartement inhaltlich und später auch der Regierungsrat damit auseinandersetzen. Schliesslich muss der Richtplan vom Kantonsrat genehmigt werden. Es wird also noch genügend Gelegenheiten geben, darüber zu diskutieren.

Finanzdepartement

KSD

Seiten B 145–150

Gottfried Werner (SVP): Heute bin ich das letzte Mal als Kantonsrat bei einer Rechnungsabnahme dabei. Immer wieder bewundere ich die Vielfalt des Verwaltungsberichts und lese ihn gern. Dennoch habe ich etwas zu bemängeln, was ich Ihnen nun sagen muss: Betrachten Sie einmal die Seiten B 145 bis 150 des WoV-Berichts. Für diese Lektüre muss ich als einfacher Mann einen Duden und ein Fremdwörterbuch zur Hand neh-

men und benötige sehr viel Zeit. Natürlich kann ich es aber auch einfach sein lassen und mich nicht mit diesen schwierigen Wörtern befassen, die ich nicht verstehe.

Eine kleine Bitte für die Zukunft: Die Chefbeamten sollen die Texte so schreiben und erklären, dass sie auch ein einfacher Mann vom Lande versteht.

Teil C Staatsrechnung

Investitionsrechnung

Seite C 142

4335 Energieförderprogramm

Martina Munz (SP): Es wurden 2,7 Mio. Franken mehr Bundesgelder abgeholt als budgetiert; das ist fast der vierfache Betrag. Der Kommentar dazu ist mir zu dürftig. Welche Kreditrestanzen wurden herangezogen? Die zusätzlichen 2,7 Mio. Franken Ausgaben konnten durch Bundesmittel gedeckt werden. Heisst das, dass wir zusätzliche 2,7 Mio. Franken Bundesgelder in den Kanton Schaffhausen holen konnten? Verzichten wir in Zukunft auf diese Bundesgelder, weil das Förderprogramm vom Regierungsrat gestrichen wurde? Warum wurde der Kreditrahmen des Förderprogramms nicht ausgeschöpft? Netto blieben 150'000 Franken mehr in der Staatskasse als budgetiert. Das ist sehr erstaunlich, wurde doch zwei Monate später das ganze Förderprogramm mit der Begründung gestoppt, es laufe aus dem Ruder.

Regierungsrat Reto Dubach: Das Energieförderprogramm ist schwierig zu überblicken, wenn lediglich ein Jahr betrachtet wird, da vielfach im einen Jahr Fördergesuche eingereicht werden, zu denen im nächsten Jahr die entsprechende Zusicherung abgegeben wird. Aber erst im darauffolgenden Jahr werden die entsprechenden Massnahmen ausgeführt und die Auszahlungen fällig. Deswegen führen wir als Schattenrechnung eine sogenannte mittelfristige Rechnung und vor allem auch eine mittelfristige Planung. Aufgrund dieser Mittelfristprognose wird das Energieförderprogramm jeweils von uns entsprechend angepasst. Zurzeit findet zusammen mit den Energiefachleuten eine intensive Überprüfung statt. Wären wir mit dem Energieförderprogramm im bisherigen Rahmen weitergefahren, hätten wir die verfügbaren Kredite um Millionen überschritten. Das hätte zu viel harscheren Reaktionen geführt als die vorgenommene Anpassung.

Zu Ihrer Frage, weshalb die Zahlen nicht stimmen: Es bestehen sehr viele Rückstellungen, da sehr viele Verpflichtungen, die bereits früher eingegangen wurden, erst im laufenden Jahr zur Auszahlung fällig werden. Ich bin gerne bereit, der Geschäftsprüfungskommission die Abrechnung im Detail aufzuzeigen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir mit dem Energieförderprogramm, so, wie es nun aufgegleist ist, auf Zielkurs sind und die entsprechenden Ausgaben netto auch einhalten können. Natürlich hat Martina Munz recht, wenn sie sagt, dass mit mehr kantonalen Mitteln auch mehr Bundesmittel abgeholt werden könnten.

Bei den beiden politischen Vorstössen zum Energieförderprogramm werden wir im Detail darauf zu sprechen kommen. Es ist aber völlig klar, dass wir mit der jüngsten Anpassung des Energieförderprogramms nicht einen Stopp des Förderprogramms, sondern, und das auch nur im Bereich der Fotovoltaikförderung, einen Zwischenhalt eingelegt haben. Ein entsprechendes Nachfolgeprogramm werden wir Ihnen rechtzeitig präsentieren. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass die eine oder andere Idee von Martina Munz in dieses einfließen wird.

Seite C 144

4527 Rechnungslegung HRM2

Martina Munz (SP): Dem Kommentar kann man entnehmen, dass das neue Rechnungslegungsmodell, offenbar wegen ESH3, bis ins Jahr 2017 verschoben werden soll. Der Kanton Schaffhausen ist einer der letzten Kantone, die diese neue Art der Rechnungslegung noch nicht eingeführt haben. Erst diese neue Rechnungslegungsnorm bringt Transparenz in die Kantonsrechnung und wird zeigen, wie es um unseren Kantonshaushalt wirklich steht. Mit HRM2 würde ein entscheidender Schritt in Richtung «Fair Presentation» der öffentlichen Rechnungslegung gemacht. Das heisst, die Aufwände und Erträge würden kostenwahr und periodengerecht verbucht. Der Kanton Zürich ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen, indem er sein Modell an IPSAS orientiert hat.

Die faire Präsentation hat mehrere Effekte. Die Rechnung ist für Laien besser lesbar. Weiter sind die Kosten- und die Ertragstransparenz gewährleistet und die Steuerbarkeit des Budgets und der Finanzplanung wird erhöht. Das wäre für den Kantonsrat eine wertvolle Hilfe. Primäre Effekte des HRM2-Modells sind aber bei hohen Investitionen auf das Budget zu erwarten. Die Abschreibungen müssen nach dem effektiven Werteverfall getätigt werden und nicht nach starren Sätzen. Zudem muss ein Werteverfall aber auch zwingend zurückgestellt oder abgeschrieben werden. Das hat grossen Einfluss auf die uns bevorstehenden Investitionen.

Ich frage die Finanzdirektorin deshalb an, wie sich das HRM2-Modell in der Rechnungslegung auf die geplanten Investitionen, insbesondere auf die Spitalerneuerung, im Finanzplan auswirken würde. Soviel ich weiss, hat Winterthur einen einmaligen Effekt beim Eigenkapital von einer Viertelmilliarde erreicht. Daraus könnte der Kanton Schaffhausen die Spitalerneuerung bezahlen, falls der Effekt bei uns gleich gross wäre. Zudem möchte ich von der Finanzdirektorin wissen, warum sie bereit ist, diese Art der «Fair Presentation» der Rechnungslegung jetzt zurückzustellen, wo wir doch vor grossen finanziellen Herausforderungen stehen. Sollten wir nicht gerade jetzt auf eine transparente Rechnungslegung vertrauen können, auch wenn uns diese etwas kosten würde?

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: HRM2 wurde von uns auf später verschoben, weil wir nicht über genügend Ressourcen und Kapazitäten menschlicher Natur verfügen, um dieses Projekt auch noch in Angriff zu nehmen. Ursprünglich sollte damit bereits dieses Jahr gestartet werden, aber uns ist ESH3 dazwischengekommen.

Zu den von Martina Munz gemachten Ausführungen: Meines Erachtens kann nicht gesagt werden, unsere heutige Rechnungslegung sei nicht transparent. Ein entscheidender Unterschied von HRM2 liegt darin, wie man mit Investitionen umgeht beziehungsweise ab welchem Betrag von einer Investition gesprochen wird. Dafür müssen die gesetzlichen Grundlagen entsprechend angepasst werden. Alles, was heute höher als eine Million ist, gilt als Investition. Meines Erachtens wäre das auch für die Zukunft ein vernünftiger Ansatz. Dies bedingt aber auch, dass eine detaillierte Anlagebuchhaltung vorhanden ist. Bleiben wir bei der bisherigen Limite von einer Million, ist das überhaupt kein Problem.

Hingegen ist der Ansatz, dass mit HRM2 einmalige Bewertungsgewinne gemacht werden könnten, wie das beispielsweise in Winterthur, aber auch in anderen Kantonen, die dies bereits eingeführt haben, tatsächlich der Fall war, in meinen Augen ein bisschen eine Schlaumeierei. Denn Buchgewinn bleibt Buchgewinn und deswegen hat man nicht mehr Geld in der Tasche. Aber auch hier gibt es einen entscheidenden Unterschied: HRM1, das ist unsere heute gültige Rechnungslegung, sieht eigentlich vor, dass Abschreibungen innerhalb von zehn Jahren getätigt werden müssen, wie das auch die Gemeinden tun. Bei HRM2, wie Martina Munz richtigerweise ausgeführt hat, ist die Abschreibung auf die Nutzungsdauer verteilt, also auf rund 25 Jahre. Der Kanton Schaffhausen hat bei der Einführung von HRM1 nicht diese zehnjährige Abschreibungsdauer gewählt, sondern er schreibt bereits heute auf die Nutzungsdauer ab. Deswegen kennen wir unterschiedliche Abschreibungen, beispielsweise für einen Staatsbeitrag oder ein Gebäude, zwischen 18 und 25 Jahren. Diesbezüglich ändert sich bei HRM2 für uns nichts und es wird auch

keine einmaligen Buchgewinne geben, da wir eben schon immer auf die Nutzungsdauer abgeschrieben haben.

Ziel ist es, HRM2 2017 einzuführen. Das bedingt, dass wir die Vorarbeiten nächstes Jahr an die Hand nehmen müssen. Ich bitte Sie um Verständnis.

Stephan Rawyler (FDP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: HRM2 ist ein hochkomplexes Gebilde und ich bin eigentlich sehr froh, dass der Kanton den Zeitpunkt der Einführung nochmals nach hinten verschoben hat, da dies auch gewaltige Auswirkungen auf die Gemeinden hat. Da können Sie sprechen, mit wem Sie wollen.

HRM2 bedeutet, dass Sie die Buchhaltung personell ausbauen müssen. Der Preis der verbesserten Transparenz liegt also darin, dass man mehr Personal braucht. Für mich sind die heutige Staatsrechnung und die Rechnungen der Gemeinden hinreichend transparent. Wäre Ersteres es nicht, hätten wir jetzt nicht im Schnellzugtempo Seite um Seite umblättern können, ohne dass eine einzige Frage gestellt worden wäre.

Viel entscheidender ist für mich die Finanzkontrolle, von der heute Morgen noch nicht die Rede war. Sie leistet gewaltige und hervorragende Arbeit und dafür gebührt ihr höchster Dank. Ohne sie wäre die GPK nicht in der Lage, die Staatsrechnung so zu prüfen, wie sie es heute tut.

Ich bin froh, dass die Finanzdirektorin vor dem Wirtschaften mit Buchgewinnen warnt. Das erinnert mich sehr an das geflügelte Wort des Managements by Känguruh: grosse Sprünge mit leerem Beutel zu machen. Denn die Liquidität verbessert sich durch Buchgewinne nicht. Es ist lediglich so, dass dadurch intern schneller abgeschrieben werden kann. Ich warne aber davor, mit diesem Geld, das faktisch gar nicht vorhanden ist, etwas bezahlen zu wollen.

Die heutige Rechnung zeichnet sich dadurch aus, dass wir sie mit früheren vergleichen können. Die Kontinuität ist das Entscheidende. Es ist wie mit der Waage: Es spielt eigentlich gar keine Rolle, ob die Waage geeicht ist oder nicht. Entscheidend ist, ob sie nach Ostern mehr anzeigt, wenn ich zu viele Osterhasen gegessen habe, oder ob sie weniger anzeigt oder sogar gleich bleibt. Genau das ist hier auch der Fall. Tatsächlich kann man mit verschiedenen Rechnungsmodellen einen Gewinn oder einen Verlust ausweisen. Wir müssen uns aber auf ein System einigen, mit dem auch unsere Gemeinden klarkommen. Schliesslich ist vorgesehen, dass HRM2 auch für die Gemeinden gelten soll. Vor allem aber für die kleinen Gemeinden wird es fast unmöglich werden, HRM2 umzusetzen. Bereits eine grössere Gemeinde wie Neuhausen am Rheinfall kämpft enorm damit. Hätte in diesem Geschäftsbericht ein noch späterer Zeitpunkt als 2017 gestanden, wäre ich der Finanzdirektorin nicht böse gewesen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Schlussabstimmung

Mit 50 : 0 wird dem Verwaltungsbericht, dem Bericht über die WoV-Dienststellen und der Staatsrechnung 2011 zugestimmt.

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Namens des Kantonsrates danke ich dem Regierungsrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich für die im vergangenen Jahr geleistete gute Arbeit. Auch der Geschäftsprüfungskommission danke ich für ihren Einsatz.

*

2. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 17. April 2012 betreffend Geschäftsbericht 2011 der Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausen

Grundlagen: Amtsdruckschrift 12-38
 Geschäftsbericht 2011 der Gebäudeversicherung
 des Kantons Schaffhausen

Beat Hug (SVP) tritt in den **Ausstand**.

Eintretensdebatte

Regula Widmer (ÖBS), Sprecherin der Geschäftsprüfungskommission: Die GPK hat sich an ihrer Sitzung vom 21. Mai 2012 mit dem Geschäftsbericht der Kantonalen Gebäudeversicherung befasst. Der Bericht der Gebäudeversicherung ist inhaltlich ausführlich und optisch sehr ansprechend gestaltet. Auffallend ist einerseits die relativ günstig verlaufene Schadensbilanz, andererseits das unerfreuliche Finanzergebnis, welches in der Rechnung ausgewiesen wird.

Das 202. Geschäftsjahr der Gebäudeversicherung ist geprägt von einem unvorteilhafteren Verlauf bei den Elementarschäden; hingegen war die unterdurchschnittliche Brandschadenbelastung erfreulich. Die ausserordentlich hohe Zahl der Elementarschäden ist vor allem auf drei Ereignisse zurückzuführen, welche noch glimpflich ausgegangen sind. Aufgrund der Klimaveränderung wird über kurz oder lang vermehrt mit Elementarschäden zu rechnen sein. Unterschätzen wir diese Gefahr nicht!

Die GPK hatte keine Freude am Finanzergebnis mit der dazugehörenden Performance und erwartet, dass die Performance des Vermögensver-

walters aufmerksam im Wissen darum beobachtet wird, dass die Märkte im Moment sehr volatil sind und sich die Situation in einem Jahr durchaus anders darstellen kann. Der Jahresverlust betrug im Geschäftsjahr 2011 194'539 Franken. Das versicherungstechnische Ergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr stark verbessert. Nach den Rückstellungen entsteht ein versicherungstechnischer Erfolg von 2'306 Franken. Zum Vergleich: Im letzten Geschäftsjahr belief sich das versicherungstechnische Ergebnis auf minus 3,8 Mio. Franken und konnte mehrheitlich durch die Anlagentätigkeit der Vermögensverwalter kompensiert werden. Durch den negativen nicht realisierten Wertschriftenverlust im Geschäftsjahr 2011 entstand das nun ausgewiesene Defizit. Dieses ist bereits das zweite in Folge. Die GPK weist darauf hin, dass die Rechnung im Moment nicht zur Begründung für eine allfällige Prämienhöhung verwendet werden soll. Die Höhe des Eigenkapitals beeinflusst unser Vertrauen in die Gebäudeversicherung. Nun ist dieses Kapital aber unter 75 Mio. Franken gesunken. Dies ist unter anderem auf die geringere Bewertung der Liegenschaften – minus 1,5 Prozent – zurückzuführen. Die IAZI AG, ein führendes Beratungsunternehmen im Immobiliensektor der Schweiz, zeigt in ihrem Barometer auf, dass der Wert der Liegenschaften im Raum Schaffhausen um etwa 2 Prozent zugenommen hat. Die GPK ist der Meinung, dass die Gebäudeversicherung hier zurückhaltend bewertet hat. Dass für Beitragsleistungen an die interkantonale Risikogemeinschaft im Berichtsjahr 350'000 Franken aufgewendet wurden, erscheint uns sinnvoll, denn Naturereignisse sind sowohl vom Zeitpunkt als auch vom Umfang her unvorhersehbar.

Die GPK beantragt Ihnen, auf den Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung einzutreten und ihn zu genehmigen. Wir danken dem Direktor Andreas Rickenbach, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gebäudeversicherung und den externen Schadenexperten für ihre tadellose Arbeit und wünschen fürs nächste Jahr wenige Schadensfälle und ein solides finanzielles Ergebnis.

Gerne gebe ich Ihnen noch die Fraktionserklärung der ÖBS-EVP-Fraktion bekannt: Die ÖBS-EVP-Fraktion hat den Geschäftsbericht zur Kenntnis genommen und beraten. Sie schliesst sich der Meinung der GPK an. Eine Frage aus einem aktuellen Fall beschäftigt uns aber doch noch: Die Gebäudeversicherung ist in ihrer Struktur eine eigentliche Neuwertversicherung. Wenn die baulichen Bestimmungen geändert werden, so wird in einem Schadensfall der neue bauliche Standard verlangt. Die preisliche Differenz zu den neuen Bestimmungen ist aber nicht durch die Gebäudeversicherung gedeckt. So sind die Leistungen der Gebäudeversicherung als eigentlicher Zustandswert zu verstehen. Es ist für den Einzelnen jedoch unmöglich, eine private zusätzliche Versicherung abzuschliessen, da es sich bei der Gebäudeversicherung um ein Staatsmonopol handelt.

Laut Aussagen des Direktors der Gebäudeversicherung wird diese Veränderung seit 2005 praktiziert und beruht auf den entsprechenden gesetzlichen Vorgaben. Für uns ist dies in der Sache nicht ganz logisch. Die ÖBS-EVP-Fraktion wird den Geschäftsbericht ebenfalls genehmigen und schliesst sich dem Dank an alle Beteiligten an.

Sabine Spross (SP): Ich gebe Ihnen die Stellungnahme der SP-AL-Fraktion bekannt. Einmal mehr ein optisch sehr ansprechender Bericht, der mit seinen Fotografien auch die Schaffhauser Lehrerschaft freuen wird, kann sie die Bilder doch im Unterricht sicherlich einsetzen.

Das Finanzergebnis ist durchgezogen und hat die Fraktionsmitglieder enttäuscht. Der Benchmark-Vergleich zeigt sodann auf, dass das Ergebnis mit minus 1,54 Prozent unter dem Benchmark liegt. Dieses Ergebnis ist auch der Hauptgrund für den Reinverlust von gegen 200'000 Franken. Wir ersuchen die Verwaltungskommission, dem einzigen Mandat die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Eine Diversifikation könnten wir uns vorstellen und ich denke, es macht auch Sinn, dies in Zukunft zu prüfen. Für solche negativen Resultate werden regelmässig Schwankungsreserven gebildet, so grundsätzlich auch bei der kantonalen Gebäudeversicherung. Warum die bestehende Schwankungsreserve von gegen 5,3 Mio. Franken im Hinblick auf das negative Finanzergebnis 2011 nicht in Anspruch genommen wurde, ist für uns schlecht nachvollziehbar, ebenso wie die trotz dieses Verlustes getätigte Weiteröffnung der Rückstellungen für den Interkantonalen Schadensausgleich (IRG) von 350'000 Franken. Wären die letzten beiden Entscheide anders ausgefallen, hätte das Jahresergebnis anders ausgesehen. Es fragt sich, ob das gewollt war. In finanzieller Hinsicht haben wir zudem zur Kenntnis genommen, dass die Höhe des Reservefonds vom externen Experten gerade noch als ausreichend dotiert qualifiziert wird. Hier bitten wir die Verwaltungskommission, diesem Punkt genügend Aufmerksamkeit zu schenken.

Ein Blick auf das Kernbusiness der Gebäudeversicherung, nämlich die Schadensregulierung, zeigt auf, dass 2011 aussergewöhnlich viele Elementarschäden zu verzeichnen waren, vor allem Hagel- und Hochwasserschäden, welche pro einzelnes Ereignis zwar nicht zu sehr hohen Schadenssummen geführt haben, dass die Gesamtsumme aber doch doppelt so hoch ausfällt wie im Vergleich der letzten zehn Jahre. Bei den Brandfällen zeigt sich einmal mehr, dass ein halbes Dutzend Schadensereignisse 81 Prozent der Schadenssumme ausmachen können. Bei zweien dieser Ereignisse, dem bekannten Flugzeugabsturz und einem Brandfall in der Stadt Schaffhausen, ergaben die Ermittlungen, dass die Täter vorsätzlich gehandelt haben. Das steht auch so im Bericht. Die Fraktion ist hier ganz klar der Auffassung, dass die Gebäudeversicherung nichts unterlassen darf, um auf die Verursacher beziehungsweise deren

Rechtsnachfolger Regress zu nehmen. Es kann unseres Erachtens nicht angehen, dass die Allgemeinheit mittels Abrechnung solcher Ereignisse über die Gebäudeversicherung belastet wird.

Die SP-AL-Fraktion bedankt sich beim Direktor, bei der Verwaltungskommission und insbesondere beim Personal für die geleistete Arbeit. Sie wird auf den 202. Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung eintreten und ihn genehmigen.

Heinz Brüttsch (FDP): Die FDP-JF-CVP-Fraktion hat den Geschäftsbericht 2011 eingehend diskutiert und wird diesem, so, wie er vorliegt, zustimmen.

Der vorliegende Geschäftsbericht ist für mich ein Musterbeispiel eines Geschäftsberichtes. Sehr übersichtlich, kurz gehalten, mit den nötigen und wichtigen Zahlen und Fakten sowie kurze informative Berichte und Vergleiche. Kompliment!

Leider präsentiert sich das Finanzergebnis wie in den vergangenen Jahren wenig erfreulich. Der Reinverlust, verursacht durch die hohe Zahl der Elementarschäden, beträgt 194'539 Franken und liegt somit leicht höher als der Verlust im Jahr 2010. Dazu beigetragen haben die negativen Ergebnisse der Anlagetätigkeiten. Zu diskutieren geben die hohen Anlagekosten. Es stellt sich die Frage, ob das ganze Vermögen bei der Schaffhauser Kantonalbank angelegt werden muss. Die Entwicklung an den Kapitalmärkten dürfte auch in den kommenden Monaten eher schwierig sein. Die Verwaltungskommission und die Banken sind gefordert.

Wie dem Geschäftsbericht und den Berichtsunterlagen der Regierung zu entnehmen ist, bewegt sich die Gebäudeversicherung in verschiedenen Bereichen eher gegen die oder an der Schmerzgrenze, sei dies bei den Reserven, dem Finanzergebnis, dem Reservefonds oder dem Wertchriftenvermögen. Die Gesamtrisikobeurteilung durch die Verwaltungskommission zeigt, dass eine Neubeurteilung zum heutigen Zeitpunkt nicht erforderlich ist. Dies ist doch sehr erfreulich und beruhigend.

Die Gebäudeversicherung ist ein Unternehmen, das nicht gewinnorientiert arbeitet und finanziell unabhängig ist. Es werden keine Staatsgarantien und Steuermittel beansprucht. Sie ist eine Versicherung mit Risiko. Unter diesem Aspekt und den ungewissen Voraussetzungen von möglichen Schadensereignissen in der Anzahl und der Betragshöhe ist die Schaffhauser Gebäudeversicherung ein erfolgreiches Unternehmen. Sie ist auch stets bedacht und erfolgreich bemüht, die Prämienätze tief zu halten. Hier liegt sie klar unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Im interkantonalen Vergleich steht der Kanton Schaffhausen bezüglich der Feuerschäden und der Elementarschäden im 10-Jahres-Mittel hervorragend da. Die vorbeugenden Brandschutzmassnahmen der örtlichen Bauwesen haben alle Einfluss auf das sehr gute Resultat. Mein Dank an

die zuständigen und verantwortlichen Stellen beim Kanton und bei den Gemeinden.

Und noch ein nützlicher Hinweis für all jene, die den SMS-Wetter-Alarm noch nicht kennen – mir ist er auch erst seit einer Woche bekannt: Dieser kann als Wetteralarm-App heruntergeladen werden, wenn Sie Seite 25 des Berichts anschauen. Er ist sehr empfehlenswert.

Die FDP-JF-CVP-Fraktion bedankt sich beim Direktor, der Verwaltungskommission und insbesondere beim Personal für die geleistete Arbeit sowie den Schadensexperten für die effiziente Abwicklung der Fälle.

Erich Gysel (SVP): Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion schliesst sich dem Antrag der GPK an, den Geschäftsbericht 2011 der Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausen zu genehmigen.

2011 haben sich die Elementarschäden verdoppelt, vor allem die Hagelschäden. Die Brandschäden sind im langjährigen Mittel doch um 3 Mio. Franken tiefer als 2010 ausgefallen. Die Anlagetätigkeit weist einen starken Verlust aus. Brandschäden sind weniger bei den Gebäuden als bei den Anlagepapieren zu suchen. Die Gebäudeversicherung steht damit aber nicht allein da. Mit den ausgebliebenen Gewinnen in der Anlagetätigkeit ist sie nicht die Einzige. Vielleicht haben wir uns zu schnell daran gewöhnt, dass überall dort, wo wir etwas haben – Papierli oder Geld –, das Geld fliesst, ohne dass wir dafür arbeiten müssen.

Trotzdem geht unser Dank an Andreas Rickenbach, seine Mitarbeitenden und an die Verwaltungskommission. Wir danken aber auch den Gebäudeschätzern, die fleissig die Gebäude höher geschätzt haben und mit den gleichen Prämiensätzen geholfen haben, dass die Einnahmen trotzdem gestiegen sind.

Wir wünschen uns allen in Zukunft wenige Brände und wenige Schäden, auch der Gebäudeversicherung. Dann geht es uns allen gut.

Andreas Frei (SP): Regula Widmer hat etwas aufgegriffen, das ich spontan kommentieren möchte. Dabei geht es um eine sehr wichtige und auch relativ heikle Entwicklung, nämlich dass eine Differenz zwischen der Auslegung der Gebäudeversicherung und ihrer Deckung und den baurechtlichen Bestimmungen besteht. Konkret gibt es Fälle, in denen es vorgekommen ist, dass nach einem relativ grossen Brandfall eine Baubewilligung eingeholt werden musste und darin die neusten baurechtlichen Bestimmungen eingefordert wurden, beispielsweise in Sachen Feuerpolizei, betreffend die Sicherheit, die Abschottung und die Sicherheit von Elektroinstallationen. Die Feuerpolizei hält 20 Prozent Mehrinvestitionen in diesen Bereichen für verhältnismässig. Das führt dazu, dass jemand, der schon ein grosses Schicksal erlitten hat, indem er einen Brandfall zu beklagen hat, mit Mehrinvestitionen von mehreren Zehntau-

send oder Hunderttausend Franken belastet wird. In der Sache ist dies durchaus nachvollziehbar, da die Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden müssen. Die feuerpolizeilichen Bestimmungen nach einem Brandfall scheinen erst recht logisch zu sein. Aber es kann zu Härtefällen führen und dies für Leute, die schon genug bestraft sind. In solchen Situationen muss nach Lösungen gesucht werden, um die Härtefälle entschärfen zu können, indem beispielsweise eine freiwillige Zusatzversicherung angeboten wird, die diese zusätzlichen Risiken allenfalls abdecken kann.

Ich bitte die Regierung, diese Warnungen ernst zu nehmen und nach entsprechenden Lösungen zu suchen.

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Ich danke den Fraktionen für ihre Kommentare zum Geschäftsbericht respektive zum abgelaufenen Geschäftsjahr unserer Gebäudeversicherung.

Das Ergebnis der Finanzanlagen war auch für die Verwaltungskommission keine erfreuliche Tatsache. Ich versichere Ihnen aber, dass wir die Anlagetätigkeit sehr wohl im Auge haben werden und ihr die gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Ich erlaube mir, Sie darauf hinzuweisen, dass es manchmal heikel ist, die Performance nur anhand eines Jahres zu beurteilen. Vielmehr sollte dies über einen längeren Zeitraum getan werden, wie wir das auch bei der Pensionskasse tun. 2009 und 2010 lag das Mandat der Gebäudeversicherung immer klar über dem Benchmark. Auch per Ende April 2012 liegt die Performance wieder deutlich darüber. Das Problem ist, dass es sich jeweils um eine Momentaufnahme per Ende Jahr handelt. Wir wollten das Ergebnis transparent und nachvollziehbar darstellen, weshalb wir die Schwankungsreserve nicht in Anspruch genommen haben.

Ich freue mich, dass die Gestaltung des Geschäftsberichts bei Ihnen auf Zustimmung gestossen ist, und gebe das gerne weiter.

Noch ein kleiner Hinweis: Die SMS-Dienstleistungen der Gebäudeversicherung kosten etwas. Wenn Sie die I-App auf dem I-Phone verwenden, verfügen Sie über alle Informationen und die Gebäudeversicherung kostet das nichts. Wechseln Sie also vom SMS zur I-App. Auch das trägt zu einem guten Ergebnis bei.

Lorenz Laich (FDP): Die Problematik der Bilanz der Gebäudeversicherung wurde verschiedentlich angesprochen. Der Wertschriftenerfolg fällt sowohl negativ als auch positiv aus. Die grösste Hebelwirkung des Erfolgs der Auswertung der Erfolgsrechnung bilden die Wertschriftenerträge. Die Finanzdirektorin hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass ein Benchmarkvergleich stets eine Momentaufnahme ist. Dennoch dünkt mich eine Abweichung um 1,5 Prozent gegenüber dem Benchmark für

das Jahr 2011 relativ massiv. Bei einem Anlagevermögen von 67 Mio. Franken entsprechen 1,5 Prozent rund 9 Mio. Franken weniger Ertrag. Des Weiteren frage ich mich, inwiefern bei den Hedgefonds rund 9 Prozent des gesamten Anlagevolumens investiert sein sollen.

Gleichwohl plädiere ich, wie das bereits gewisse Vorrednerinnen und Vorredner auch getan haben, dafür, dass die Aufteilung des Wertschriftenmandats auf verschiedene Institute nicht nur geprüft, sondern auch vollzogen wird. Es gibt verschiedene auf die Vermögensverwaltung spezialisierte Betriebe, die das wie die Kantonalbank sehr professionell tun können. Im Wissen darum, und das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass andere am selben Mandat arbeiten, erhöht dies die Aufmerksamkeit gegenüber dem Mandat und führt schliesslich auch zu weniger Kosten. Daher plädiere ich an dieser Stelle mit Nachdruck dafür, dass eine entsprechende Diversifikation bei der Mandatsverteilung nicht nur bei der Gebäudeversicherung, sondern ganz generell ins Auge gefasst wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Seite 8

Schadenursachen der Brandfälle 2011

Gottfried Werner (SVP): Was ist ein direkter und was ein indirekter Blitzschlag?

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel: Sofern sich dazu kein Elektriker oder Spezialist meldet, werde ich versuchen, das zu erklären. Ein direkter Blitzschlag schlägt direkt ins Haus ein. Ein indirekter Blitzschlag verändert unerwarteterweise die Spannung und kann Geräte, wie Fernseher oder Computer, schädigen, die ohne den Spannungsausgleich eingeschaltet sind.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Schlussabstimmung

Mit 52 : 0 wird der Geschäftsbericht 2011 der Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausen genehmigt.

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Im Namen des Kantonsrates spreche ich der Geschäftsleitung sowie sämtlichen Mitarbeitenden ein herzliches Dankeschön für ihren Einsatz im vergangenen Jahr aus. – Das Geschäft ist erledigt.

*

3. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Schaffhauser Kantonalbank

Werner Bolli (SVP) tritt in den **Ausstand**.

Eintretensdebatte

Werner Bächtold (SP), Sprecher der Geschäftsprüfungskommission: Die Schaffhauser Kantonalbank, also unsere Bank, hat – für die Kundinnen und Kunden unübersehbar – ihr Erscheinungsbild geändert. Statt Schwarz und Grün wird heute Schwarz und Gelb verwendet. Wenn eine Unternehmung ihre Corporate Identity oder kurz CI ändert, hat das meist mit grösseren Veränderungen im Betrieb zu tun, so auch bei der Schaffhauser Kantonalbank. Mit dem Wechsel des CEO wurde eine neue Kultur eingeführt. Den Mitarbeitenden wurde mehr Eigenverantwortung übertragen; zudem sind Kreativität und Innovation verlangt. Ein solcher Kulturwandel dauert immer ein paar Jahre und das Personal ist in solchen Phasen enorm gefordert.

Im Geschäftsjahr 2011 konnte die Ernte der Neuausrichtung deutlich sichtbar eingefahren werden. Die Kantonalbank hat nämlich das erfolgreichste Geschäftsjahr in ihrer Geschichte hinter sich! Der Jahresgewinn ist mit 38,8 Mio. Franken nochmals um 10 Prozent höher als 2010 und mehr Kunden bedeuten ein kräftiges Wachstum bei den Kundenausleihungen sowie bei den Kundengeldern. Dieses Wachstum ist nicht automatisch, wie man das erwarten würde, mit einem Zuwachs beim Personal verbunden. Im Gegenteil, der Personalaufwand wurde geringfügig reduziert. Neben dem Personalaufwand hat die Kantonalbank auch ihren Sachaufwand im Griff. Diese sehr erfolgreiche Geschäftstätigkeit wurde in einem äusserst schwierigen Umfeld realisiert. Aus all dem folgt eine Ablieferung an den Kanton, welche mit 25,9 Mio. Franken um 3,8 Mio. Franken höher als im Jahr 2010 ausfällt. Dafür bedanke ich mich im Namen der GPK bei allen, die dazu beigetragen haben.

Zu unserer Bank gäbe es noch vieles zu sagen. Ich beschränke mich aber auf die wichtigsten Punkte, denn auch hier handelt es sich um die Rechnung und nicht um ein Budget. Im Bankrat wird es per Ende der

laufenden Legislatur mindestens drei Rücktritte geben. Die Fraktionen sind gefordert, geeigneten Ersatz vorzuschlagen. Ziel: Der Bankrat soll deutlich jünger werden und an fachlicher Kompetenz lieber zulegen als einbüßen. Die Schaffhauser Kantonalbank hat ihre Risiken im Griff. Das ist angesichts der Turbulenzen im Bankensektor beruhigend. Sie ist gut aufgestellt und für die Zukunft gerüstet. Das ist für alle, die mit ihr geschäften, von grosser Wichtigkeit. Der Frauenanteil ist auch im Kader gestiegen, und zwar von 19,5 auf 24 Prozent. Wenn das so weitergeht, werden die Frauen im Kader ab dem Jahr 2017 in der Mehrheit sein, quasi ein Unfriendly Takeover. Mit den Worten von Martin Vogel wäre es natürlich ein Friendly Takeover. Ob er dann noch CEO ist oder ob dann eine Frau an seiner Stelle sein wird, werden wir sehen. Das Sponsoringkonzept der KB sorgt immer noch da und dort für rote Köpfe. Das liegt natürlich in der Natur der Sache, und es wäre verwunderlich, wenn dem nicht so wäre, denn die Ansprüche sind hoch. Welcher Verein hätte von unserer Kantonalbank nicht gerne ein paar Hundert oder noch besser ein paar Tausend Franken? Aber allen Ansprüchen recht getan ist eine Kunst, welche auch die KB nicht kann. Die Entschädigung der Mitglieder des Bankrates wird in einem vernünftigen Rahmen gehalten. Sie erhalten keine Boni. Die Geschäftsleitung erhält neben der Grundentschädigung einen erfolgsabhängigen Bonus. Dieser ist mit dem Geschäftsgang der ganzen Bank verknüpft. Also auch hier: Alles im grünen Bereich.

Die GPK beantragt Ihnen einstimmig die Gutheissung der Anträge über die Verteilung des Gewinns des vergangenen Geschäftsjahres und die Entlastung des Bankrates und des Bankvorstandes. So weit die Stellungnahme der GPK.

Die SP-AL-Fraktion hat den Geschäftsbericht 2011 der Schaffhauser Kantonalbank durchberaten. Sie schliesst sich dem Bericht der GPK an und wird den Anträgen zustimmen.

Regula Widmer (ÖBS): Ich gebe Ihnen die Stellungnahme der ÖBS-EVP-Fraktion bekannt. Wie bereits im letzten Jahr angekündigt, hat sich die Schaffhauser Kantonalbank ein neues Layout verpasst. Nicht nur die Schalterhalle des Hauptsitzes wurde renoviert, sondern auch die Homepage und der Geschäftsbericht wurden einer gründlichen Überarbeitung unterzogen. Es entstand ein übersichtlicher, extrem umfangreicher und sehr schön gestalteter Jahresbericht mit einer guten Lesbarkeit. Dass der Bericht in Schaffhausen gedruckt wurde, ist nicht selbstverständlich und freut uns daher doppelt.

Das Geschäftsjahr 2011 der Schaffhauser Kantonalbank kann als sehr erfolgreich bezeichnet werden, ein exzellentes Ergebnis in einem schwierigen Umfeld. Der Jahresgewinn erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf das Rekordergebnis von 38,75 Mio. Franken; dies ist eine Zunahme um

beinahe 10 Prozent. Die Ablieferung an den Kanton beläuft sich auf 27,7 Mio. Franken. Eine wahrlich gesunde Bank! Die Höhe der Ausschüttung an den Kanton richtet sich nach dem Grundsatz der Objektivität. Dabei wird die Eigenkapitalquote von mindestens 13 Prozent beibehalten. Die Ablieferung finanziert sich vollumfänglich aus dem Gewinn, was eine Sicherheit für alle ergibt.

Der Schaffhauser Kantonbank ist es gelungen, im veränderten Umfeld und bei einem tiefen Zinsniveau ihre Position zu bewahren und in entscheidenden Sparten Geschäftsanteile dazuzugewinnen. Einerseits kann Geld günstig am Markt bezogen werden, andererseits sind die nicht unerheblichen Gelder des Eigenkapitals demgegenüber ebenfalls tief verzinst. Dies hat eine unmittelbare Wirkung auf das Geschäftsergebnis.

Durch das starke Wachstum der Kundengelder um 190 Mio. Franken und der Kundenausleihungen im Umfang von 235 Mio. Franken stieg die Bilanzsumme auf 4,9 Mia. Franken. Dieser Zuwachs kommt nicht von allein, er ist nur durch die aktive Marktbearbeitung seitens der Mitarbeitenden möglich. Die Herausforderung besteht nun darin, die Liquidität Ertrag bringend und sicher anzulegen. Hier wurde bis anhin eine vorsichtige Anlagestrategie gewählt, welche sich bewährt hat. Eine übertriebene Risikobereitschaft würde sich nicht auszahlen.

Die ÖBS-EVP-Fraktion ist erfreut, dass die Kantonbank eine stabile Geschäftslage und hohe Sicherheitsreserven vorweisen kann. Die allgemeinen gesetzlichen Reserven konnten im vergangenen Jahr wiederum gesteigert werden. So ist die Schaffhauser Kantonbank mit einer risikogewichteten Eigenkapitalquote im schweizweiten Bankenvergleich hervorragend positioniert. Mit Freude dürfen wir sagen: Unsere Schaffhauser Kantonbank ist wirklich eine gesunde Bank!

Den Mitarbeitenden und den leitenden Organen der Schaffhauser Kantonbank gebührt ein herzlicher Dank für ihre engagierte Arbeit, welche dieses sehr gute Resultat im Jahr 2011 ermöglicht hat, sowie den Kunden für die Treue zur Schaffhauser Kantonbank.

Die ÖBS-EVP-Fraktion wird die Anträge der GPK unterstützen und dem Geschäftsbericht zustimmen.

Erich Gysel (SVP): Im Namen der SVP-JSVP-EDU-Fraktion schliesse ich mich dem Dank meines Vorredners und meiner Vorrednerin an: Unser Dank geht an die Geschäftsleitung und die Mitarbeitenden und wir bedanken uns auch für die Ablieferung von 27,7 Mio. Franken an die Staatskasse. Ich gratuliere der KB zu ihrem besten Ergebnis aller Zeiten. Zudem gratuliere ich ihr zur guten Note, die sie im Vergleich mit anderen Kantonbanken erzielen konnte.

Es gibt viel Positives zu berichten: Eine Verjüngung des Bankrates ist geplant; der Bankrat hat seine Entschädigung nicht erhöht und bezieht

auch weiterhin keine Boni, die Kantonalbank und ihr Personal sind gut aufgestellt; die Kantonalbank hat das Kostenwachstum gut im Griff.

Es gibt aber auch Sorgen: In Zukunft wird die Kantonalbank mit hoher Wahrscheinlichkeit weniger Gewinn erwirtschaften können. Die Kantonalbank, eine unserer besten «Staatskühe», wird im erschwerten Umfeld bei späteren Laktationen sicher weniger Milch geben.

Martin Kessler (FDP): Nachdem bereits alles Wesentliche gesagt worden ist, kann ich es kurz machen: Die Bank ist weiterhin solide aufgestellt. Die notwendigen Rückstellungen befinden sich auf sehr tiefem Niveau, Hauptgebäude und Filialen sind entstaubt und die Blutauffrischung des Bankrates ist in die Wege geleitet.

Nachdem uns ein Finanzier nach dem anderen mitgeteilt hat, dass mit weniger Ablieferungen zuhanden des Kantons zu rechnen sei, bekommen wir von der Kantonalbank eine Vergütung in Rekordhöhe. Man sollte sich einmal vor Augen führen, dass die 25,9 Mio. Franken etwa 13 Steuerprozenten entsprechen! Oder anders gesagt: Die jährliche Ausschüttung der KB beträgt mehr, als ESH3 an Einsparungen bringen soll. Gäbe es die Kantonalbank nicht schon 129 Jahre, müssten wir sie heute gründen! Ob wir dazu allerdings den Mut und die Weitsicht hätten, steht auf einem anderen Blatt.

Wären nicht die allgemeinen Sorgen um die europäische Finanzkrise, den starken Franken, welcher einer eigentlich notwendigen Zinserhöhung im Wege steht, und, speziell wichtig für unsere Kantonalbank, die ständigen Druckversuche der EU und im Besonderen Deutschlands in Sachen Bankgeheimnis, könnte man beinahe euphorisch werden. Wir sind jedoch sehr froh, dass Bankrat und Geschäftsleitung gut geerdet sind, auf dem Boden bleiben, machen, was eine Bank eben machen sollte, und sind somit zuversichtlich, uns auch künftig an den Geschäftsberichten der Kantonalbank erfreuen zu können.

Wir danken allen Mitarbeitenden, der Geschäftsleitung und dem Bankrat für ihren grossen Einsatz und werden den Anträgen selbstverständlich zustimmen.

Regierungsrat Ernst Landolt: Es ist nun viel Lob verteilt worden, dem ich mich nur anschliessen kann. Ich danke der Geschäftsleitung mit Martin Vogel an der Spitze und allen Mitarbeitenden der Kantonalbank sehr herzlich für das im Jahr 2011 erzielte hervorragende Resultat. Ich bin auch sehr dankbar für die gute und positive Rückmeldung der Fraktionen.

Dank des sehr guten Resultates haben wir von der Schaffhauser Kantonalbank eine sehr hohe Ausschüttung bekommen. Obwohl es bereits erwähnt worden ist, dopple ich nochmals nach: Trotz dieses guten Resultates

tates dürfen wir nicht in Euphorie ausbrechen, denn das neue Geschäftsjahr wird sehr wahrscheinlich kein derart gutes Resultat ausweisen können. Es gibt verschiedene Indikatoren, die darauf hinweisen, dass das Ergebnis leider nicht mehr so gut sein wird. Trotzdem: Obwohl das Halbjahresergebnis der Kantonalbank noch nicht vorliegt, habe ich von der Geschäftsleitung vernommen, die Schaffhauser Kantonalbank sei im Jahr 2012 sehr gut unterwegs.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Das Wort wird nicht gewünscht.

Schlussabstimmung

Mit 52 : 0 wird der Geschäftsbericht 2011 der Schaffhauser Kantonalbank genehmigt und dem Bankrat sowie dem Bankvorstand Entlastung erteilt.

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Im Namen des Kantonsrates spreche ich der Geschäftsleitung sowie sämtlichen Mitarbeitenden ein herzliches Dankeschön für ihren Einsatz im vergangenen Jahr aus. – Das Geschäft ist erledigt.

*

4. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung 2011 der Schaffhauser Sonderschulen

Grundlagen: Amtsdruckschrift 12-43
 Jahresbericht 2011 der Schaffhauser Sonderschulen

Eintretensdebatte

Dino Tamagni (SVP), Sprecher der Geschäftsprüfungskommission: Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 21. Mai 2012 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2011 der Schaffhauser Sonderschulen geprüft und empfiehlt dem Kantonsrat, auf diese einzutreten und sie zu genehmigen. Die Rechnung schliesst, bei einem Aufwand von

15,2 Mio. Franken und einem Ertrag von 15,65 Mio. Franken, mit einem Ertragsüberschuss von rund 450'000 Franken ab. Dabei wurden die Budgetvorgaben für 2011 sehr gut eingehalten.

Der etwas andere, aber sehr ansprechende und gute Jahresbericht verschafft einen tiefen Einblick in die Arbeit der Mitarbeitenden und vor allem widerspiegelt er auch anhand des Werdegangs von David stellvertretend die Freuden und Enttäuschungen aller Schülerinnen und Schüler der Schaffhauser Sonderschulen.

Die Konsolidierung der verschiedenen Schulen unter einem Dach sowie auch die zeitgemässe und schlanke Förderungsplanung, basierend auf der internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit, kurz ICF genannt, stellt zwar eine grosse Herausforderung für Leitung und Mitarbeitende dar, die diese jedoch gut gemeistert haben und noch meistern werden. Im Hinblick auf die Personalprobleme respektive auf die Burnouts wurde der GPK versichert, dass bei den Betroffenen die Gründe dafür im privaten Bereich zu finden seien, sich jedoch im Zusammenhang mit der anspruchsvollen Arbeit kumuliert hätten. Die Leitung hat auf die Häufung der Fälle reagiert und versucht, dies mit vermehrter Unterstützung wieder ins Lot zu bringen.

Die Geschäftsprüfungskommission dankt allen Mitarbeitenden und der Leitung für die nicht einfach zu leistende Arbeit und wünscht den Beteiligten für das Jahr 2012 gutes Gelingen.

Ich gebe Ihnen noch kurz die Stellungnahme der SVP-JSVP-EDU-Fraktion bekannt: Diese ist einstimmig für Eintreten auf die Rechnung und den Jahresbericht und für deren Genehmigung. Auch die SVP-JSVP-EDU-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden und der Leitung der Sonderschulen für die sehr gute Arbeit und auch für den eindrücklichen Jahresbericht.

Werner Bächtold (SP): Alle unter Ihnen, die den Jahresbericht 2011 der Schaffhauser Sonderschulen gelesen haben, wissen, wer dieser junge Mann auf dem Titelbild ist. Allen anderen möchte ich ihn kurz vorstellen: Der junge Mann in der gelben Regenjacke heisst David. Er ist 17 Jahre alt und Schüler im Schulhaus Granatenbaumgut. Obwohl man ihm das nicht ansieht, leidet er seit seiner Geburt unter einer Entwicklungsverzögerung, welche von einer geistigen Behinderung herrührt. Seit dem Kindergarten wird David in den Schaffhauser Sonderschulen unterrichtet.

David erlebte eine sehr schöne Zeit im Kindergarten und in der Schule. Er war und ist gut aufgehoben und wurde und wird bestens betreut. Im September 2012 wird David 18 Jahre alt und seine Schulzeit im Granatenbaumgut geht zu Ende. Seit etwa drei Jahren beschäftigt sich David zusammen mit seinen Eltern und den Lehrerinnen und Lehrern mit der Berufswahl. Auch die IV-Berufsberatung wurde beigezogen. Für David und seine Eltern war und ist das eine schwierige oder sogar eine sehr

schwierige Zeit. Adäquate Plätze für erwachsene Menschen mit Behinderung sind rar. David träumt von einem Leben als Halbtagsmediamater und Halbtagestierpfleger. Der erste Teil seines Berufstraums wird für David ein Traum bleiben; den zweiten Teil kann er vielleicht eines Tages realisieren. Die Eltern waren und sind oft ratlos. Sie beschäftigen sich mit unzähligen Fragen, die nicht leicht zu beantworten sind. Ich zitiere Davids Mutter: «Als Eltern bleibt man ratlos vor wichtigen Entscheidungen stehen. Oft bekommt man die Antwort: ‹Dies ist nicht möglich, weil ...› Aufgrund meiner Erfahrung mit David scheint mir der Schritt von der Schule zur Berufswelt für Menschen mit einer geistigen Behinderung gross. Sind es doch Menschen mit besonderen Bedürfnissen, und Veränderungen sind für sie nicht einfach. Trotz ihren Einschränkungen sollen sie einen Platz in unserer Gesellschaft in Schaffhausen haben. Um das zu erreichen, brauchen sie Zeit und Unterstützung. Diese jungen Menschen sollten im Übergang von der Schule ins Berufsleben besser begleitet werden. Ich wünsche mir ein differenzierteres und adäquateres Berufsangebot.» Diesen Worten von Davids Mutter möchte ich nur noch eines hinzufügen: Meine Nachfrage beim Schulleiter des Granatenbaumguts hat ergeben, dass David unterdessen einen Platz gefunden hat. Er wird Ende September im «diheiplus» einen Arbeitsplatz haben. Damit ist Davids Weg in die Berufswelt aber nur vorläufig abgeschlossen. An seinen Träumen und Vorstellungen hat sich nichts geändert. Diese verfolgt er weiter.

Mehr sage ich dieses Mal zum Jahresbericht der Schaffhauser Sonderschulen nicht. Dino Tamagni hat die Zahlen bereits erläutert. Es ist mir aber ein grosses Bedürfnis, mich bei den Mitarbeitenden der Sonderschulen zu bedanken. Sie leisten in einem sehr schwierigen und täglich schwieriger werdenden Umfeld einen Superjob.

Die SP-AL-Fraktion wird den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2011 der Schaffhauser Sonderschulen genehmigen.

Rainer Schmidig (EVP): Die ÖBS-EVP-Fraktion hat den Geschäftsbericht der Schaffhauser Sonderschulen intensiv studiert und diskutiert. Wir haben dabei mit dem vorliegenden, sehr informativen und ansprechenden Bericht ein sehr positives Bild von der Situation und der Arbeit an den Sonderschulen erhalten. Uns ist es ein ganz grosses Anliegen, allen Beteiligten für die für Kinder, Eltern und die Gesellschaft überaus wichtige und verantwortungsvolle Arbeit ganz herzlich zu danken. Da auch der Rechnungsabschluss positiv ausfiel, scheint alles in Ordnung zu sein. Uns beschäftigt aber die Frage, wie ein System, wie es die Sonderschulen sind, vor einer Überforderung geschützt werden kann. Mit der theoretisch so schön konzipierten vollständigen Integration aller Schüler in die Regelschule (Aufhebung der Sonderklassen) stehen die Sonderschulen

vor einer neuen Herausforderung. Leisteten doch im Bereich der Berufsbeziehungsweise der Anschlussfindung für Schulabgänger die Sonderklassen unschätzbare Dienste, findet man heute immer vermehrt solche Schülerinnen und Schüler an den Sonderschulen. Diese Entwicklung ist ernsthaft zu hinterfragen und wird eine für die Zukunft zu lösende Aufgabe sein.

Die ÖBS-EVP-Fraktion wird den Jahresbericht und die Jahresrechnung der Schaffhauser Sonderschulen genehmigen.

Franz Marty (CVP): Mit Interesse hat die FDP-JF-CVP-Fraktion den Jahresbericht der Schaffhauser Sonderschulen zur Kenntnis genommen. Dabei haben wir festgestellt, dass das Eigenkapital der Schaffhauser Sonderschulen erfreuliche 23 Prozent beträgt. Der Jakob und Emma Windler-Stiftung aus Stein am Rhein möchten wir an dieser Stelle speziell für den grosszügigen Betrag zur Anschaffung von Spielgeräten herzlich danken.

Wir konnten auch zur Kenntnis nehmen, dass die Bandbreite der Ausprägungen von Behinderungen zunehmend sehr vielfältig ist. Aus unserer Sicht muss das Augenmerk darauf gelegt werden, dass nicht Schüler in die Schaffhauser Sonderschulen aufgenommen werden, die eigentlich in die Regelschule oder in den integrativen Klassenverband gehören. Da auch die Zahl der Sonderschüler eher zu- als abnimmt, stellt der Bereich der Anschlusslösungen für Abgänger der Sonderschulen, also ein möglichst reibungsloser Übergang vom Schul- ins Arbeitsleben, eine grosse Herausforderung dar. Statt einen zweiten Arbeitsmarkt mit betreuten Arbeitsplätzen für Sonderschulabgänger zu schaffen, könnten die Lohnkosten für die Betriebe teilweise von der IV übernommen werden. Nicht zuletzt sind die sogenannten «subventionierten Arbeitsplätze» auch in der Wirtschaftskommission immer wieder ein Thema.

Ein vor allem für kleinere Gemeinden immer grösser werdendes finanzielles Problem, wenn diese dann davon betroffen werden, ist die zunehmende Zahl von Pflegekindern mit Sonderschulbedarf, für deren Kosten, gemäss geltenden Regelungen, nicht die Wohngemeinden, sondern die Gemeinden, in denen diese Pflegekinder leben und betreut werden, aufkommen müssen. Bei kleinen Gemeinden, wie im Falle von Ramsen, sind bereits zwei solcher Fälle mit einem Kostenausmass von zirka 1 Prozent des Steueraufkommens verbunden, dies bei Sonderschulkosten von 10'000 Franken pro Kind, auch für Kinder, die ihren gesetzlichen Wohnsitz in einem anderen Kanton haben. Wir möchten den Regierungsrat bitten, für dieses Problem eine kantonsübergreifende Lösung zu suchen.

Allen im Sonderschulbereich tätigen Verantwortlichen danken wir an dieser Stelle für ihren grossen Einsatz und wir werden diesem Bericht wohl einstimmig zustimmen.

Jürg Tanner (SP): Ich habe noch ein paar Fragen an den Erziehungsdirektor. Auf den Seiten 6 und 7 wird auf ein bestehendes Problem aufmerksam gemacht, nämlich dass die Sonderschulen Kinder betreuen müssen, die eigentlich keine Gebrechen haben. Vielmehr handelt es sich dabei eher um verhaltensauffällige Schüler und Schülerinnen. In diesem Zusammenhang wird die Frage aufgeworfen, wer sich wem anpassen sollte: die Schule den Kindern oder die Kinder dem Angebot der Schule. Dazu interessiert mich die Antwort des Erziehungsdepartements.

Hier möchte ich auch gleich anknüpfen. Aus der Vorlage zu ESH3 wird ersichtlich, dass bei der Sonderschulung massiv gespart werden soll. Zudem ist mir aufgefallen, dass auch beim BBZ bei den Berufsvorbereitungsklassen massiv Kosten eingespart werden sollen. In diesem Zusammenhang würde ich gerne wissen, wie die Sonderschulen dadurch entlastet werden sollen und wohin die Kinder dann gehen. Schliesslich lautet meine Kernfrage: Ist die Regierung tatsächlich der Meinung, dass die durch die Steuersenkungen verursachten Mindereinnahmen in Form von Sparmassnahmen bei den schwächsten Schülern und Schülerinnen kompensiert werden sollen?

Iren Eichenberger (ÖBS): Im Jahresbericht ist auch ein Bericht der Schulleiter enthalten, der sich unter anderem zur Entwicklung in der Berufsausbildung respektive der Vorbereitung dazu und zur Rolle der Schule äussert. Die Schulleiter kommen zum Schluss, dass hier offenbar eine Lücke besteht, da es zahlreiche Schüler gibt, die zwar am Ende ihrer Schulzeit angelangt, aber nicht genügend auf eine Anschlussausbildung vorbereitet sind. Im Text wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht eine Übergangsstufe zur Eingliederung in die Berufsausbildung geben müsste. Darüber, wie so etwas organisiert sein müsste, bestehen in den Schaffhauser Sonderschulen wahrscheinlich bereits Vorstellungen.

Vor Kurzem hat das Departement des Innern ein Leitbild für das Leben mit einer Behinderung in Umlauf gebracht. In diesem Leitbild steht das Wort «Partizipation» zuoberst und es ist ein wichtiges Anliegen, dass wir Behinderten in allen Lebensbereichen eine Beteiligungsmöglichkeit einräumen. Was nützt es, wenn wir zwar über eine prima Sonderschulung verfügen, die Leute aber später nicht weiterkommen? Die letzte IV-Revision hat gerade in Bezug auf die Integration grosse Versprechungen gemacht. Faktisch sieht es aber gar nicht gut aus.

Ich möchte vom Erziehungsdepartement wissen, ob man diesen Gedanken, ein Angebot für Schüler am Ende ihrer Schulzeit, die aber noch nicht

integrationsfähig sind, weiterverfolgt. Ist in diesem Bereich etwas vorgesehen?

Regierungsrat Christian Amsler: Den Sprecherinnen und Sprechern und den Fragestellerinnen und Fragestellern danke ich für die sehr wichtigen Punkte, die sie aus diesem sehr ansprechenden und schön farbigen Jahresbericht herausgeschält haben. Der Bericht zeigt auf, was in den Schaffhauser Sonderschulen alles läuft. Als Vizepräsident des Sonderschulrates kann ich Ihnen versichern, dass wirklich äusserst engagiert gearbeitet wird. Es ist eine spannende, aber auch sehr anspruchsvolle Arbeit, welche die Mitarbeitenden, aber auch die Verantwortlichen leisten müssen. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir über eine engagierte Schulleitung verfügen. Der Geschäftsführer der Schaffhauser Sonderschulen, Ralf Eschweiler, sitzt übrigens auf der Tribüne.

Rainer Schmidig hat die Frage aufgeworfen, wie das System vor der Überforderung geschützt werden kann. Sie können davon ausgehen und versichert sein, dass diese Problematik auch im Sonderschulrat immer wieder ein ganz wichtiges Thema ist, denn mit der Verabschiedung der IV aus diesem Bereich liegt die Sonderschule nun komplett in unserer Verantwortung. Eigentlich verfügt die kantonale Regelschule über die sogenannte integrative Schulform (ISF). Trotzdem müssen wir aber sicherstellen, dass den Schaffhauser Sonderschulen nicht die «falschen» Kinder, die dort eigentlich nicht hingehören, zugeteilt werden.

Zu Franz Marty: Im Kontakt mit dem Gewerbeverband und im Rahmen der systematisierten Gespräche des Regierungsrates mit den wichtigen Verbänden sind wir bemüht, die Nischenarbeitsplätze und die Anschlusslösungen, auch für Absolventinnen und Absolventen der Schaffhauser Sonderschulen, sicherzustellen. Das ist nicht immer ganz einfach und auch nicht immer überall möglich. Im Fall von David Iff, Werner Bächtold hat es gesagt, hat es geklappt.

Des Weiteren hat Franz Marty die Kosten gerade für kleinere Gemeinden angesprochen. Wenn Sie in Gemeinden wohnen oder auch politisch tätig sind, in denen solche Pflegefamilien leben, bitte ich Sie, diese Kinder nicht zu stigmatisieren. Diese Pflegefamilien übernehmen eine enorm wichtige Aufgabe. Es ist richtig, dass Pflegefamilien oft viele solcher Kinder haben und diese dann und wann die Schaffhauser Sonderschulen besuchen müssen oder dürfen, wodurch Kosten für die betroffene Gemeinde entstehen. Mir ist das aus meiner eigenen Wohngemeinde bekannt. Dennoch kann es nicht sein, dass wir mit dem Finger auf solche schwächeren Kinder zeigen und sie – ich sage es plakativ – rausekeln wollen, nur damit keine Kosten entstehen. Das ist ein ganz schlechter Trend. Ich kann die Klage der Gemeinden, dass dies ins Geld geht, durchaus verstehen. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir aber,

seitens des Kantons und der Regierung darauf hinzuweisen, dass die den Gemeinden in Rechnung gestellten Beträge längst nicht kostendeckend sind. Sie können sich vorstellen, dass ein Kind in den Schaffhauser Sonderschulen wesentlich mehr kostet, als die Gemeinden zu entrichten haben.

Jürg Tanner hat wichtige Fragen gestellt, die uns auch im Zusammenhang mit ESH3 beschäftigen werden und auch ein Dauertraktandum im Sonderschulrat sind. Es gilt sicherzustellen, dass Kinder vom unteren System, der Regelschule, aufgrund zunehmender Heterogenität, nicht einfach nach oben in die Schaffhauser Sonderschulen abgeschoben werden. Das wäre fatal. Diesbezüglich müssen wir bei der Schnittstelle, nämlich beim SAB (Schulische Abklärung und Beratung), noch genauer hinschauen, damit die Zuweisung an die Schaffhauser Sonderschulen wirklich aufgrund der richtigen Parameter erfolgt. In diesem Kontext ist auch Jürg Tanners Vorwurf oder seine Bemerkung zu verstehen, dass sich die Schaffhauser Sonderschulen teilweise auch Kindern annehmen müssten, die lediglich verhaltensauffällig oder verhaltensoriginell seien. Das wäre falsch und ist so von uns auch nicht beabsichtigt. Schliesslich müssen die «richtigen» Kinder dort sein.

Ich will aber nicht beschönigen, dass solche Kinder, die nicht in die Schaffhauser Sonderschulen aufgenommen werden, das System der Regelschule sehr stark fordern und manchmal auch überfordern. Das ist mir aus vielen Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern bekannt. ISF lässt grüssen. Zudem wird immer wieder der Vorwurf laut, dass die Ressourcen nicht ausreichen, um der enormen Heterogenität in der Regelschule zu begegnen. Dennoch wäre es der falsche Weg, diese Kinder in die Schaffhauser Sonderschulen abzuschieben.

Der Kanton Schaffhausen hat, und dazu stehen wir nach wie vor, eine zu hohe Sonderschulquote. Dies hat die Studie Moser gezeigt. Fernziel ist es, die Quote zu senken. Bei den Sparmassnahmen im Rahmen von ESH3 geht es darum, die Zahl der Schüler in den Schaffhauser Sonderschulen nicht weiter ansteigen zu lassen, sondern im Bewusstsein der Problematik die Kinder möglichst lange in der Regelschule zu behalten. Sie können davon ausgehen, dass wir dies nicht auf die leichte Schulter nehmen und dass wir alles daran setzen, die entsprechenden Ressourcen in den ISF-Schulen behalten zu können. Aber in Zeiten der Finanzknappheit ist das eine nicht ganz einfache Aufgabe.

Noch zur Berufsvorbereitung beziehungsweise zum Spezialjahr: Der Fall von David ist exemplarisch. Stellen wir auch im Auftrag der Schulleitung vermehrt fest, dass die jungen Leute keine Anschlusslösung haben, müssen wir uns tatsächlich überlegen, ob wir für die Betroffenen ein besonderes Auffanggefäss schaffen müssen. Heute ist es aber sehr schwierig, so etwas Neues zu machen. Meines Erachtens kann man mit einer engen

Betreuung nicht nur in den Sonderschulen, sondern auch in der Regelschule sehr viel erreichen. Ich gebe Ihnen nur einige Stichworte: BVJ, Case Management, Sprungbrett, BOA. Der Kanton Schaffhausen schlägt sich in diesem Bereich gut und bietet beinahe 100 Prozent bei den Anschlusslösungen. In diesem Bereich müssen wir aber auch ein besonderes Augenmerk auf die schwächeren Schüler legen. Der Sonderschulrat muss das Anliegen aufnehmen und prüfen, ob es für Kinder wie David eine Speziallösung braucht. Wir nehmen das auf jeden Fall sehr ernst und werden das weiterverfolgen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Das Wort wird nicht gewünscht.

Schlussabstimmung

Mit 52 : 0 werden der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2011 der Schaffhauser Sonderschulen genehmigt und dem Sonderschulrat wird Entlastung erteilt.

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Dem Sonderschulrat, der Geschäftsleitung der Sonderschulen sowie allen Mitarbeitenden danken wir für ihre Arbeit und für ihr Engagement. – Das Geschäft ist erledigt.

*

5. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 5. Juni 2012 betreffend Geschäftsbericht 2011 der Regionalen Verkehrsbetriebe Schaffhausen AG

Grundlagen: Amtsdruckschrift 12-59
 Geschäftsbericht 2011 der RVSH AG

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Zu diesem Geschäft gibt es weder eine Eintretensdebatte noch eine Detailberatung, da der Bericht lediglich zur Kenntnis zu nehmen ist.

Erich Gysel (SVP), Sprecher der Geschäftsprüfungskommission: Die GPK wurde wie jedes Jahr vom zuständigen Regierungsrat Reto Dubach und vom Direktor Walter Herrmann vor der Ausübung der Aktionärsrechte informiert. Alle Fragen wurden von ihnen einleuchtend beantwortet. Die GPK hat in zustimmendem Sinne Kenntnis von den Anträgen des Verwaltungsrates sowie vom Geschäftsbericht genommen. Wir empfehlen Ihnen, dies auch zu tun.

Im Verwaltungsrat wurden Wechsel vorgenommen. Für Hannes Germann und Markus Kübler wurden Bernhard Klauser und Markus Hegglin gewählt. Die Verhandlungen für einen Zusammenschluss der beiden Verkehrsbetriebe laufen, obwohl sie für mich bereits zu lange dauern und zu langsam vor sich gehen.

Die RVSH AG wird gut geführt und die Mitarbeitenden leisten gute Arbeit, auch wenn es vor allem in der Nacht nicht immer mit allen Fahrgästen so einfach ist. Ihnen allen gebührt unser Dank.

Der Leistungsausbau der letzten Jahre hat auch zu erstaunlichen Steigerungen der Fahrgastzahlen geführt. Seit 2004 verzeichnen die Regionalen Verkehrsbetriebe über eine halbe Million Fahrgäste mehr. Das sind etwa 42 Prozent. Auch die Verkehrseinnahmen sind entsprechend angestiegen. Dennoch trägt die öffentliche Hand, der Bund und der Kanton, immer noch mehr als die Hälfte der Kosten. Die öffentliche Hand bezahlt 4,8 Mio. Franken, während die Fahrgäste 3 Mio. Franken beisteuern. Aber wo wären wir mit unseren Ansprüchen an die Mobilität ohne diese Leistungen? Der RVSH wünsche ich gute Fahrt.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion wird den Geschäftsbericht 2011 zur Kenntnis nehmen.

Werner Bächtold (SP): Die SP-AL-Fraktion wird den Geschäftsbericht 2011 der RVSH ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

Die Entwicklung von SchaffhausenBus ist fast durchwegs positiv. Das wird auch von uns anerkannt und gewürdigt. Die Zahlen sprechen für sich, aber leider gibt es einen Wermutstropfen. Die Linie 26, welche die Verbindung von Thayngen nach Opfertshofen respektive umgekehrt sicherstellt, entwickelt sich nicht wunschgemäss. 40'000 Fahrgäste sind zwar nicht nichts, aber zu wenig. Um die Finanzierung dieser Linie sicherzustellen, war ursprünglich geplant, die Fahrzeuge mit ihren Chauffeurinnen und Chauffeuren während der Standzeiten in Thayngen als Ortsbus einzusetzen. Diese gescheite Doppelnutzung ist leider dem aufgezwungenen Sparprogramm des Gemeinderates zum Opfer gefallen! Ich hoffe, dass die Entscheidungsträger und die Entscheidungsträgerinnen in Thayngen gelegentlich auf diesen Sparbeschluss zurückkommen werden, sodass die Linie 26 der RVSH einer gedeihlichen Zukunft entgegenblicken kann. Im Moment ist es so, dass, wenn ich recht informiert

bin, eine Fahrplanverdünnung in Aussicht steht, was eigentlich regelmässig den Tod einer Buslinie bedeutet.

Der Rest des Geschäftsberichts 2011 ist wie gesagt erfreulich, das kleine Defizit betrachten wir nicht als Problem. Die SP-AL-Fraktion bedankt sich beim Personal und bei der Geschäftsleitung der RVSH für die geleistete Arbeit und wünscht im neuen Geschäftsjahr möglichst viele unfallfreie Kilometer.

Urs Capaul (ÖBS): Auch die ÖBS-EVP-Fraktion hat den Bericht diskutiert und wir nehmen ihn selbstverständlich ebenfalls zur Kenntnis. Es handelt sich um einen übersichtlichen, informativen Bericht mit sehr, sehr interessanten Details. Mehrheitlich wird die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen aufgezeigt und es fällt, wie mein Vorredner gesagt hat, einzig die Linie 26 etwas ab.

Die Leitung der RVSH AG hat die Kosten im Griff, selbst wenn der Saldo der Jahresrechnung 2011 eine rote Null aufweist beziehungsweise leicht negativ ist. Der Betrieb steht und fällt mit motiviertem, gutem Personal. Dazu gehören auch die Löhne. Es erstaunt deshalb, dass der Personalaufwand reduziert werden konnte. Dies hängt wohl damit zusammen, dass mit VBSH und Rattin vermehrt Dritte den Betrieb für die RVSH ausgeführt haben. Die RVSH stellen zu Recht hohe Anforderungen an ihre Fahrzeuge. Dasselbe gilt auch für das Personal. Es ist deshalb richtig, und das unterstützen wir sehr, dass auch der Weiterbildung Beachtung geschenkt wird.

Einen Wermutstropfen haben wir diskutiert und das sind die zum Teil sehr knapp bemessenen Fahrzeiten, die den Chauffeurinnen und Chauffeuren vorgegeben werden. Das führt immer wieder dazu, dass sie wirklich aufs Gas drücken müssen und, sobald sie an ein Rotlicht oder an eine Baustelle kommen, die Fahrzeiten nicht mehr einhalten können. Das ist nicht unbedingt sehr schön.

Wir danken dem Personal für die wirklich sehr gute Leistung und wünschen ein erfolgreiches nächstes Jahr.

Georg Meier (FDP): SchaffhausenBus ist auf gutem Kurs, so steht es im Bericht und Antrag des Regierungsrates. Dem ist eigentlich fast nichts mehr hinzuzufügen. Als Wohnkanton ist Schaffhausen auch deshalb wieder attraktiv, weil wir den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel stets gefördert haben, ohne den motorisierten Individualverkehr allzu stark einzuschränken. Mit dem bald eingeführten Halbstundentakt der SBB nach Zürich erreichen wir ein lang ersehntes Ziel. Um Personen, auch aus unseren Dörfern, in möglichst kurzer Zeit und bequem nach Zürich und von da in die ganze Welt zu befördern, braucht es auch leistungsfähige und

vor allem zuverlässige Busbetriebe als Zubringer. Mit SchaffhausenBus sind wir durch und durch sehr gut unterwegs.

Den Fahrgästen auf der Linie 21 danken wir für ihr Verständnis, dass infolge des hohen Verkehrsaufkommens in Neuhausen der Fahrplan ab und zu einfach nicht eingehalten werden kann. Zur Information: Die Gesprächsrunde «Baustelle Galgenbucktunnel und Klettgauerstrasse» tagt alle paar Monate. Dabei werden Verbesserungsvorschläge besprochen und im Rahmen des Machbaren auch umgesetzt.

Nicht zufrieden ist die FDP-JF-CVP-Fraktion mit den Leistungen von Südbaden Bus und DB. Das ist unschön, weil gerade unser ganzer Kanton als «Paket» attraktiv sein muss. Daher sollten die Zuverlässigkeit und die Leistung der DB unbedingt angepasst werden. Wir sind nicht zufrieden mit den im Bericht erwähnten Zahlen der Linie 26. Diese Verbindung beziehungsweise das Angebot muss wohl oder übel überarbeitet werden. Wir sind ausserdem nicht zufrieden, dass die Zusammenführung von VBSH und RVSH nach wie vor nicht vollzogen ist. Gesamthaft aber dürfen wir von einem erfreulichen Bericht der RVSH AG Kenntnis nehmen.

Die FDP-JF-CVP-Fraktion dankt der Belegschaft von SchaffhausenBus für ihren Einsatz und wir wünschen weiterhin eine gute und unfallfreie Fahrt.

Markus Müller (SVP): Meines Erachtens lohnt es sich, dass ich als Vertreter der Landschaft doch noch ein paar Worte zu diesem Bericht äussere, auch wenn wir ihn nur zur Kenntnis nehmen müssen.

Mein Vorredner hat Südbaden Bus und die DB erwähnt, bei denen wir leider nichts zu sagen haben. Wie es scheint, werden wir in Zukunft aber auch zu den Verkehrsbetrieben der Region Schaffhausen weniger zu sagen haben. Ich komme darauf zurück.

Der vorliegende Bericht ist interessant und lesenswert. Er fördert Erstaunliches zutage, etwa dass die Strecken Schaffhausen–Opfertshofen und Thayngen–Opfertshofen zusammen rund einen Drittel der transportierten Passagiere der Rennstrecke Schaffhausen–Schleitheim–Begglingen befördern. Es war mir nicht bewusst, dass dort so viele Leute leben. Und wahrscheinlich nehmen sie auch vermehrt den Bus, um zur Arbeit in die Stadt zu fahren.

Auf Seite 2 des Berichts wird ein Problem auf der Rennstrecke im Klettgau ersichtlich. Die Verspätungen werden mit dem Tunnelbau weiter zunehmen. Dieser Zustand wird bis 2019 andauern. Dabei werde ich den Verdacht nicht ganz los, dass die verantwortlichen Verhandlungspartner nicht sehr gut verhandelt oder reagiert haben. Es kann doch nicht sein, dass auf dieser Baustelle über acht Jahre lang gesändelt wird. Schon allein die Bauvorbereitungen finden kein Ende. Zuerst wird eine Rampe gebaut, dann eine Strasse verlegt und dann beginnt das Spiel wieder von

vorne. Dieser Minitunnel wird maulwurfartig erstellt. Das kann es doch nicht sein, denn es führt zu sehr grossen Problemen für die Linie im Klettgau.

Im Bericht steht auch, dass neu Billettautomaten in den Bussen installiert wurden. Ich bin mir nicht so sicher, ob dies das Gelbe vom Ei ist. Normalerweise befinden sich die Automaten an der Bushaltestelle. Bezüglich der Sicherheit der Passagiere mache ich dahinter ein Fragezeichen. Aber sehen wir erst einmal, wie das funktioniert.

Über alles gesehen ist die RVSH AG eine Erfolgsgeschichte, das wird auch aus der Zahl der transportierten Personen ersichtlich. Leider deckt der erwirtschaftete Ertrag lediglich knapp 40 Prozent des Aufwands. Das geht für mich auch in Ordnung und ist nicht weiter bedenklich. Das heisst aber auch, dass die öffentliche Hand beziehungsweise der Kanton und der Kantonsrat sehr stark im Spiel sind. Unter diesen Umständen verstehe ich nicht ganz, weshalb der Verwaltungsrat nun systematisch ausgewechselt wird. Dabei werden die regionalen Vertreter hinausbefördert oder treten zurück. Sie werden durch Leute ersetzt, die relativ anonym sind und wahrscheinlich wenige Aktien in der Region haben. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde Hannes Germann damals als Kantonsrat und als Gemeindepräsident in den Verwaltungsrat gewählt. Und Markus Kübler wurde nicht als Kantonsrichter, wie es im Bericht steht, gewählt, sondern als Gemeindepräsident von Siblingen.

Nun wird die Regierung die Ausrede mit der Corporate Governance bringen, oder zumindest gehe ich davon aus, dass Regierungsrat Reto Dubach dies als Grund anführen wird. Zu diesem Thema sei ihm vielleicht die Literatur von entsprechenden Fachleuten empfohlen, zum Beispiel von Roger W. Sonderegger oder von Avenir Suisse, die diesbezüglich zu anderen Schlussfolgerungen gelangen, nämlich dass die Regierungsräte in diesen Gremien zu stark vertreten seien. Im schweizweiten Vergleich befindet sich Schaffhausen ziemlich an der Spitze. Vielleicht müssten wir das einmal genau anschauen und uns einen entsprechenden Vorstoss überlegen, wie wir dieses Problem anpacken wollen. Vielleicht sollten wieder vermehrt Kantonsräte und Gemeindevertreter in diesen Gremien Einsitz nehmen. Allenfalls müssten sie vom Kantonsrat vorgeschlagen und gewählt werden. Ich gehe davon aus, dass unser Baudirektor neben einer Fülle von Aufgaben auch noch eine ganze Menge von Mandaten hat. Das ist vielleicht nicht so gut. Der Filz bei den Gefälligkeitsernennungen in diese Gremien ist – so dünkt es mich – relativ gross. Dass heute im Verwaltungsrat der EKS AG keine Kantonsratsmitglieder mehr vertreten sind, finde ich sträflich. Das ist heute aber nicht das Thema, aber wir werden einmal darauf zurückkommen. Als Regionalvertreter tut es einem schon weh, dass bei den Regionalen Verkehrsbetrieben die Region eigentlich ausgeschaltet wird. Die Stadt macht es auch

anders. Natürlich handelt es sich dort um eine Verwaltungskommission, die anders geregelt ist. Zudem geht auch der Kanton Zürich anders vor. Vielleicht sollten wir diesbezüglich einmal Vergleiche anstellen. Dies als kritische Bemerkung oder als Anregung. Auf jeden Fall werde ich mir ernsthaft überlegen, zu diesem Thema politische Vorstösse einzureichen.

Regierungsrat Reto Dubach: Herzlichen Dank für die gute Aufnahme des Geschäftsberichts. Ich habe von allen Fraktionen gehört, dass sie mit der Geschäftstätigkeit der RVSH im vergangenen Jahr grosso modo zufrieden bis sehr zufrieden sind.

SchaffhausenBus ist auf Kurs. Die Fahrgastzahlen sind weiter angestiegen und nähern sich der 2-Millionen-Marke. Allein im vergangenen Jahr hat die Zunahme sechs Prozent betragen. Diese Entwicklung ist erfreulich und auch nötig, da wir so den zunehmenden Verkehr zu einem grossen Teil über den öV abwickeln können. Man geht davon aus, und das ist eigentlich auch unser Ziel, die Hälfte des Mehrverkehrs über den öV aufzufangen.

Finanziell musste die RVSH AG im 11. Geschäftsjahr erstmals einen Verlust ausweisen. Das ist keine Überraschung, hat doch bereits das Budget darauf hingewiesen. Im Zusammenhang mit den Abgeltungen werden immer entsprechende Verhandlungen geführt und angesichts der Höhe des Eigenkapitals waren wir der Ansicht, dass ein solcher Verlust vertretbar sei. Es kann ja nicht sein, dass die RVSH Eigenkapital und Vermögen scheffelt und die Staatskasse darunter zu leiden hat.

Bezüglich des bereits erwähnten Halbstundentakts der SBB ist die Unternehmung im Begriff, die notwendigen Fahrplananpassungen vorzunehmen. Die Fahrplanleistungen aller Regionalbuslinien werden ungefähr gleich bleiben.

Hinsichtlich der Eigenwirtschaftlichkeit ist die Linie 26 erwähnt worden. Auf Bundesebene ist diesbezüglich eine gewisse Entwicklung im Gange, da der Bund auch die regionalen Linien mitfinanziert. Dabei geht er davon aus, dass eine Eigenwirtschaftlichkeit der Linien im Umfang von etwa 20 Prozent gegeben sein muss. Meines Erachtens ist das ein Wert, der auch für unseren Kanton zutreffend ist. Auch in diesem Ratssaal haben wir des Öfteren schon von den leeren Bussen mit dem Chauffeur als einzigem Fahrgast gesprochen. Über kurz oder lang geht das nicht auf. Stellen Sie sich vor: Die Paradelinie Schaffhausen–Schleitheim weist einen Kostendeckungsgrad von über 40 Prozent auf, während der Kostendeckungsgrad auf der Linie Thayngen–Opfertshofen unter 10 Prozent liegt, nämlich bei genau 8 Prozent. Insofern kommen wir nicht darum herum, das Leistungsangebot auf der Strecke Thayngen–Opfertshofen zu überprüfen, sofern in absehbarer Zeit nicht eine merkliche Verbesserung des Kostendeckungsgrades erzielt werden kann. Werner Bächtold hat richtigerweise

auf diejenige Massnahme hingewiesen, welche die Eigenwirtschaftlichkeit verbessern könnte. Diesbezüglich haben wir aber auch ein Problem auf der Strecke Schaffhausen–Hemmental. Wenn hier in nächster Zeit keine Verbesserung eintritt, wird sich auch dieses Leistungsangebot die Frage gefallen lassen müssen, ob es weiterhin im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden kann.

Ebenfalls wurde die Zusammensetzung des Verwaltungsrates angesprochen. Mit Markus Kübler aus Siblingen gehört weiterhin ein Landvertreter dem Verwaltungsrat an und Stadtrat Peter Kämpfer vertritt die Stadt. Was die Person des Regierungsvertreters betrifft, so verlangen die neuen Bundesvorschriften zum Regionalverkehr, dass der Besteller künftig nicht mehr mit dem Leistungserbringer identisch sein darf. Da der Besteller im Regionalverkehr das Baudepartement ist, wird der Vorsteher des Baudepartements mit Inkrafttreten dieser neuen Bestimmungen, das wird Anfang des nächsten Jahres der Fall sein, aus dem Verwaltungsrat ausscheiden. Damit ist das Anliegen beziehungsweise die Frage von Markus Müller beantwortet. Der Bund hat diese Regelung aufgrund der sogenannten Corporate Governance erlassen. Werden die entsprechenden Governance-Regeln strikt durchgedacht, kann es auch nicht sein, dass Aufsichtsgremien dem Verwaltungsrat angehören. Das schliesst nebst dem Regierungsrat auch den Kantonsrat ein. Aus diesem Grund will der Bund eine klare Unterscheidung zwischen Besteller und Leistungserbringer.

Eine Steuerung ist weiterhin über das Bestellverfahren möglich, denn wir bestimmen, welche Linien wir fahren und in welcher Qualität wir dies tun möchten. Das Unternehmen regelt dann seine Unternehmungstätigkeit selbst. Die zwei neu gewählten Verwaltungsräte sind meines Erachtens ein guter Ersatz. Mit Treuhänder Bernhard Klauser verfügen wir über einen ausgewiesenen Finanzexperten. Mit Markus Hegglin, dem Leiter der Postautoregion Zürich, haben wir zudem einen Vertreter im Verwaltungsrat, der über ausgewiesene Fach- und Branchenkenntnisse verfügt. Branchenkenner im Verwaltungsrat sind wichtig. Leider gibt es fast keine in unserem Kanton. So mussten wir auf einen externen zurückgreifen. Mit dem Leiter der Postautoregion Zürich haben wir einen Vertreter im Verwaltungsrat, der es uns erlaubt, eine nähere Zusammenarbeit mit Postauto Schweiz zu pflegen. Das ist eine sehr wichtige strategische Weichenstellung. Meines Erachtens profitieren wir enorm von der Neubesetzung und ich bitte Sie, dem Verwaltungsrat dieses Vertrauen auch entgegenzubringen.

Des Weiteren wurden die Billettautomaten angesprochen. Bei der RVSH AG können die Billette immer noch beim Chauffeur gelöst werden. Vielleicht ist das der Unterschied zwischen Markus Müller und mir. Ich fahre mit dem Regionalbus, ob er das auch tut, weiss ich nicht.

Es stimmt nicht, dass die Verhandlungen beim Galgenbucktunnel nicht optimal geführt worden sind. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn die Verhandlungen nicht so gut geführt worden wären, Markus Müller, hätten wir heute keinen Galgenbucktunnel, denn nachdem die Kosten von 130 auf 230 Mio. Franken angestiegen waren, hat sich der Bund die Frage nach den Kosten und dem Nutzen gestellt. Letztlich konnten wir ihn aber davon überzeugen, dass es den Galgenbucktunnel weiterhin braucht.

Ich gehe mit Ihnen einig, dass die Leistungen von Südbaden Bus und der DB mehr als suboptimal sind und nicht genügen. Diesbezüglich werden aber in der nächsten Zeit die Karten neu gemischt werden. In diesem Zusammenhang wird sich die RVSH AG auch die Frage stellen müssen, ob sie nicht zusätzliche Linien übernehmen möchte, die heute noch von anderen Busunternehmen betrieben werden.

Zum Schluss noch zum Verhältnis von RVSH und VBSH: Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass die Verhandlungen zu lange dauern. Neben dem Kanton gilt es aber auch, die Stadt zu berücksichtigen. Deren Situation ist ungleich schwieriger als unsere. Mit der VBSH verfügt sie über eine Verwaltungsabteilung, die nun in eine neue Rechtsform gekleidet werden muss. Dazu haben sich bei der Stadt unerhört schwierige und sicher auch politisch heikle Fragen gestellt. Die Stadt hat aber zugesichert, dass sie noch im Verlauf dieses Jahres dem Grossen Stadtrat eine entsprechende Vorlage unterbreiten wird, um eine entsprechende Weichenstellung, vor allem im Hinblick auf die Rechtsform, vorzunehmen. Anschliessend steht den weiteren Fusionsverhandlungen nichts im Wege. Der Regierungsrat ist nach wie vor überzeugt, dass dies der einzig richtige Weg ist, um den Busverkehr in der Region zu bündeln.

Bernhard Müller (SVP): Die bisherigen Voten zur Buslinie im Unteren Reiat haben mich auf den Plan gerufen. Tatsächlich befindet sich die Eigenwirtschaftlichkeit der betroffenen Linie an der unteren Grenze und wird zurzeit überprüft. Dabei stellt sich die berühmte Frage, ob zuerst das Huhn oder das Ei war. Der Stundentakt ist erst in den letzten Jahren eingeführt worden. Betrachtet man die Entwicklung der Gesamtgemeinde Thayngen, so konnte kürzlich der 5'000. Einwohner begrüsst werden. Von hundert Baugesuchen betreffen rund 30 den Unteren Reiat. Das bedeutet, dass dort überproportional gebaut wird.

Der Ortsbus in Thayngen wurde ebenfalls angesprochen. Leider konnte dieser aufgrund der Ausfälle bei den Steuereinnahmen nicht realisiert werden.

An dieser Stelle möchte ich mich auch noch für die Installation des Billettautomaten am DB-Bahnhof Thayngen bedanken. Damit gehören die Kartonbillette wie vor 50 Jahren nun der Vergangenheit an. Nun sind die

neuen Billette auch für den normalsterblichen Kondukteur als solche wieder erkennbar.

Der Reiat ist im Aufschwung. Die Buslinie kann wohl überprüft, aber sicher nicht gestrichen werden. Der Gemeinderat hat sich meines Wissens auch entsprechend vernehmen lassen.

Markus Müller (SVP): Bis anhin, also vor der vom Bundesrat nun vorgeschriebenen Corporate Governance, herrschte mit Regierungsrat Reto Dubach im Verwaltungsrat der Filz. Er war Auftraggeber, Aktionärsvertreter und erst noch Verwaltungsratspräsident. Und das war das Problem. Die Problematik beim Kantonsrat ist jedoch eine andere: Ich kenne keinen Verwaltungsrat in der Schweiz, in dem die Aktionäre nicht vertreten sind. Vertreter der Aktionäre ist schliesslich der Kantonsrat, legitimiert durch die Wahl des Volkes.

Regierungsrat Reto Dubach hat ausgeführt, dass Markus Kübler als Landvertreter im Verwaltungsrat verbleibe. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn Ende Jahr tritt er aus dem Verwaltungsrat zurück und dann ist niemand mehr aus der Region in diesem Gremium.

Regierungsrat Reto Dubach: Es ist richtig, dass Markus Kübler auf Ende Jahr aus dem Verwaltungsrat zurücktritt. Der Regierungsvertreter scheidet ebenfalls aus. Diese zwei austretenden Mitglieder – oder mindestens eines davon – werden zu ersetzen sein. Bis Ende Jahr sollte auch klar sein, wie es mit der Fusion mit der VBSH weitergehen soll. Bis dann sollte die von mir bereits erwähnte Vorlage im Grossen Stadtrat behandelt worden sein. Je nachdem, wie dieses Ergebnis ausfällt, werden die Nachfolger anders sein.

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Es liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Somit haben Sie vom Geschäftsbericht 2011 der RVSH AG Kenntnis genommen.

Ich danke der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden der RVSH im Namen des Kantonsrates für ihren Einsatz in diesem wichtigen Bereich des öffentlichen Verkehrs. – Das Geschäft ist erledigt.

*

Schluss der Sitzung: 11.55 Uhr.